

2007



OEZA-Bericht 2007

*Thematische
Schwerpunkte*

Teil I



www.entwicklung.at

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Impressum

Herausgeber und Verleger:

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Minoritenplatz 8, 1014 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)501150-4454
Fax: +43 (0)501159-4454
abtvi4@bmeia.gv.at
www.entwicklung.at

Dieser OEZA-Bericht wurde erstellt von:

- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten,
Sektion VII – Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
- Austrian Development Agency

Fotos: Informationen zu Copyrights beim Informationsbüro der
Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, oeza.info@ada.gv.at

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
Vorwort	5
Zum Bericht	6
Entwicklungspolitik 2007	7
Ländliche Entwicklung	10
Wasser und Siedlungshygiene	14
Energie	18
Governance	22
Bildung	26
Wirtschaft und Entwicklung	30
Umwelt	36
Gender	40
Entwicklungspolitische Kommunikation	44
Meilensteine 2007	48
Auslandsbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit	53



Abkürzungsverzeichnis

ADA	<i>Austrian Development Agency</i>
ADEA	<i>Association for the Development of Education in Africa</i>
AMCOW	<i>African Ministers' Council on Water</i>
APRN	<i>African Parliamentary Poverty Reduction Network</i>
APRO	<i>African Poverty Reduction Office</i>
AU	Afrikanische Union
AWF	<i>African Water Facility</i>
BMeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMUKK	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
BNE	Bruttonationaleinkommen
CAADP	<i>Comprehensive African Agriculture Development Programme</i>
CAFP	<i>Cellule d'Appui à la Formation Professionnelle</i>
CIUM-BICU	<i>Centro Interuniversitario Bluefields Indian and Caribbean University</i>
DAC	<i>Development Assistance Committee (der OECD)</i>
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
IPCC	<i>Intergovernmental Panel on Climate Change</i>
ECOWAS	<i>Economic Community for West African States</i>
EEP	Energie- und Umweltpartnerschaft für Zentralamerika
EK	Europäische Kommission
ESMAP	<i>Energy Sector Management Assistance Programme</i>
EU	Europäische Union
EUEI	EU-Energieinitiative
EUWI	EU-Wasserinitiative
EWA	Entwicklungswerkstatt Austria
FAO	<i>Food and Agriculture Organization of the United Nations</i>
FIAN	<i>Food First Information and Action Network</i>
GDPRD	<i>Global Donor Platform for Rural Development</i>
GENE	<i>Global Education Network Europe</i>
GFSE	<i>Global Forum on Sustainable Energy</i>
IPCC	<i>Intergovernmental Panel on Climate Change</i>
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LDC	<i>Least Developed Country</i>
LDCF	<i>Least Developed Country Fund</i>
MDGs	<i>Millennium Development Goals</i>
MFIs	Mikrofinanzinstitutionen
NAPA	<i>National Adaptation Programme of Action</i>
NEPAD	<i>New Partnership for Africa's Development</i>
NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
ODA	<i>Official Development Assistance</i>
OECD	<i>Organization for Economic Co-operation and Development</i>
OeEB	Österreichische Entwicklungsbank

OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
OEZA	Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
PEP	<i>Poverty and Environment Partnership</i>
PIDG	<i>Private Infrastructure Development Group</i>
REPARIS	<i>Road to Europe: Program of Accounting Reform and Institutional Strengthening</i>
SADC	<i>Southern African Development Community</i>
SARPCCO	<i>Southern African Police Chief's Co-operation Organisation</i>
SICA	<i>Sistema de la Integración Centroamericana</i>
SSR	<i>Security System Reform</i>
STAP	<i>Infrastructure Short-Term Action Plan</i>
UNDP	<i>United Nations Development Programme</i>
UNESCO	<i>United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization</i>
UNFCCC	<i>United Nations Framework Convention on Climate Change</i>
UNIDO	<i>United Nations Industrial Development Organization</i>
UNIFEM	<i>United Nations Development Fund for Women</i>
UNODC	<i>United Nations Office on Drugs and Crime</i>
UNMIK	<i>United Nations Interim Administration Mission in Kosovo</i>
URACCAN	<i>Universidad de las Regiones Autónomas de la Costa Caribe Nicaragüense</i>
USD	US-Dollar
VN	Vereinte Nationen
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
WSP	<i>Water and Sanitation Programme (der Weltbank)</i>

Vorwort



© H&P Media

Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) ist ein ehrgeiziges Vorhaben. Positive Entwicklungen wie der Rückgang der Kindersterblichkeit oder Verbesserungen beim Grundschulbesuch geben jedoch Hoffnung. Sie zeigen, dass etwas bewegt werden kann, wenn Partner- und Geberländer zusammenwirken. Österreich leistet hier aktiv konkrete Beiträge.

Eine der größten Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit ist die anhaltende globale Nahrungsmittelkrise. Unsere Prinzipien bei der Ernährungssicherung sind Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Ziel ist, dass die Bevölkerung eigenständig ihre Nahrungsmittel produzieren kann. Wissen verbessern, Bewusstsein stärken, Kapazitäten aufbauen – das sind dabei die Wegweiser und unerlässlich für wirksame Hilfe zur Selbsthilfe.

Keine Gesellschaft der Welt kann es sich leisten, auf 50 Prozent ihres Potenzials zu verzichten. Frauen als Partnerinnen zu gewinnen, zu ermutigen und zu fördern ist daher ein Hauptanliegen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Mit Konferenzen wie „*Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East*“ oder „*Shaping our European Future – Networking of Serbian and Kosovar Women*“ haben wir die Bedeutung von Frauen in Friedensprozessen unterstrichen.

Grundsatz jeder erfolgreichen Hilfe ist die Eigenverantwortung. Es geht sowohl um die Schaffung der notwendigen Strukturen als auch um die bewusste Mitwirkung der Menschen – auf Seiten der Entwicklungsländer wie auch der Geberländer. Unser gemeinsames Ziel ist, die Armut nachhaltig zu verringern und konkrete Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Dr. Ursula Plassnik
Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

Zum Bericht

Teil I „Thematische Schwerpunkte“ des Jahresberichts beschreibt die Themen und Sektoren, in denen die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) derzeit tätig ist. Die OEZA konzentriert sich auf bestimmte Themen und Sektoren, um die Effizienz des Mitteleinsatzes zu steigern. Komplementarität und Kohärenz mit den anderen internationalen Gebern nehmen dabei eine immer bedeutendere Rolle ein.

Die OEZA setzt ihre thematischen Schwerpunkte mit einer Vielzahl von Instrumenten um – von Programm- und Projektfinanzierung bis hin zu Basket-Funding mit anderen Gebern und sektoriellen Budgethilfen.

Teil II „Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen in Zahlen“ bietet einen umfassenden Überblick über die Zusammensetzung der Mittel sowie über deren geografische und thematische Verteilung, Herkunft und Umsetzungsstruktur. Die Zahlen zu den öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (Official Development Assistance/ODA) spiegeln auch die breite Mitwirkung Österreichs an der Entwicklungszusammenarbeit multilateraler Organisationen – EU, Vereinte Nationen (VN) und internationale Finanzinstitutionen – wider.

Entwicklungspolitik 2007

Halbzeit bei den Entwicklungszielen

Die Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele im Jahr 2000 hat das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Armutsminderung geschärft und die Entwicklungszusammenarbeit intensiviert. Im Jahr 2007 zogen die Vereinten Nationen Halbzeitbilanz. Noch mehr Unterstützung und eine effizientere Umsetzung sind notwendig. Die Ziele können nur dann verwirklicht werden, wenn die internationale Staatengemeinschaft klare Maßnahmen setzt. Die Regierungen der Partnerländer wiederum sind gefordert, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen.

Die ungerechte Verteilung von Ressourcen, Konflikte, mangelnde Arbeitsmöglichkeiten, schlechte Ausbildung oder Probleme im Gesundheitsbereich sind Ursachen dafür, dass positive Entwicklungen nicht allen Menschen gleichermaßen zugute kommen. Große Unterschiede existieren nicht nur zwischen verschiedenen Staaten, sondern auch innerhalb der Mehrzahl der Länder und Regionen.

Dennoch lassen sich generell durchaus Fortschritte bei der Armutsminderung feststellen. Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, ist weltweit von 1,25 Milliarden im Jahr 1990 auf 985 Millionen im Jahr 2004 gesunken. Bei gleichbleibendem Trend könnte daher das Ziel, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren, in den meisten Regionen – von den am wenigsten entwickelten Ländern abgesehen – erreicht werden.

Kräfte mobilisieren für Afrika

Grund zur Besorgnis gibt jedoch Afrika südlich der Sahara. Trotz vermehrter Anstrengungen ist die extreme Armut dort insgesamt sogar gestiegen. Gewisse Fortschritte sind bei der Grundschulausbildung, bei der Gleichstellung der Frauen sowie bei der Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit zu verzeichnen. Das Ziel, die Kindersterblichkeit bis 2015 zu reduzieren, wird jedoch nicht erreicht werden können. Die Müttersterblichkeit ist nach wie vor hoch, die Todesraten infolge von HIV/AIDS steigen weiter.

Um Afrika dabei zu unterstützen, die Millenniums-Entwicklungsziele doch noch zu erreichen, setzte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon im September 2007 die „MDG Africa Steering Group“ ein.

Österreich und die Partnerländer

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft. Sie legt ihren Schwerpunkt auf die Kooperation mit am wenigsten entwickelten Ländern (*Least Developed Countries/LDCs*) und besonders bedürftigen Regionen. Österreich wird seine Partnerländer weiterhin entsprechend ihren eigenen Entwicklungsschwerpunkten unterstützen und dabei eng mit anderen Geberländern und -institutionen, vor allem mit der Europäischen Union (EU), zusammenarbeiten.

Politikabstimmung für mehr Entwicklung

Eine der wichtigsten Aufgaben verantwortlicher globaler Politik ist heute, verschiedene Politikmaterien hinsichtlich ihrer Wirkung auf Entwicklung zu beobachten. Die Umsetzung der Politikkohärenz ist dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene ein großes Anliegen.

Das Thema wurde 2001 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgegriffen. Die Europäische Union erarbeitete dafür seit 2005 einen politischen Rahmen. Im September 2007 veröffentlichte die EU ihren ersten Bericht zu Politikkohärenz. Gewürdigt wurden darin die rechtliche Verankerung der Kohärenz im österreichischen Entwicklungszusammenarbeitsgesetz, das entsprechende Kapitel im aktuellen Dreijahresprogramm sowie die thematischen Koordinierungsstrukturen.

Auf EU-Ebene setzte sich Österreich 2007 für die Reform und Verbesserung der Ratsverfahren zu Politikkohärenz ein. So forderte die OEZA einen verstärkten Informationsaustausch zur Früherkennung und die Einbeziehung in nationale und regionale Strategien der Zusammenarbeit.

Kohärenzmanagement in Österreich

Das Dreijahresprogramm ist das wirkungsvollste Instrument, um Politikkohärenz auf Regierungsebene zu koordinieren. Es muss mit allen betroffenen österreichischen Ministerien abgestimmt werden, wobei das Bundesministerium für Finanzen (BMF) eine besondere Rolle einnimmt. Weiters sieht das Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (2003) vor, dass das Dreijahresprogramm dem Ministerrat vorgelegt und von diesem zur Kenntnis genommen wird. Anschließend ist es dem Nationalrat zu übermitteln.

Das Thema Politikkohärenz wurde erstmals im Dreijahresprogramm 2006–2008 in einem eigenen Kapitel berücksichtigt. Seit 2005 verfolgt das BMeiA im Hinblick auf die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen einen gesamtösterreichischen Ansatz. Weiters engagiert es sich für Bewusstseinsbildung und einen verstärkten Dialog mit der Zivilgesellschaft. Schließlich setzt es Prioritäten fest und gibt Strategien zu ausgewählten Themen vor.

Im Sinne eines proaktiven Kohärenzmanagements in der Entwicklungspolitik setzte Österreich 2007 vielfältige Maßnahmen:

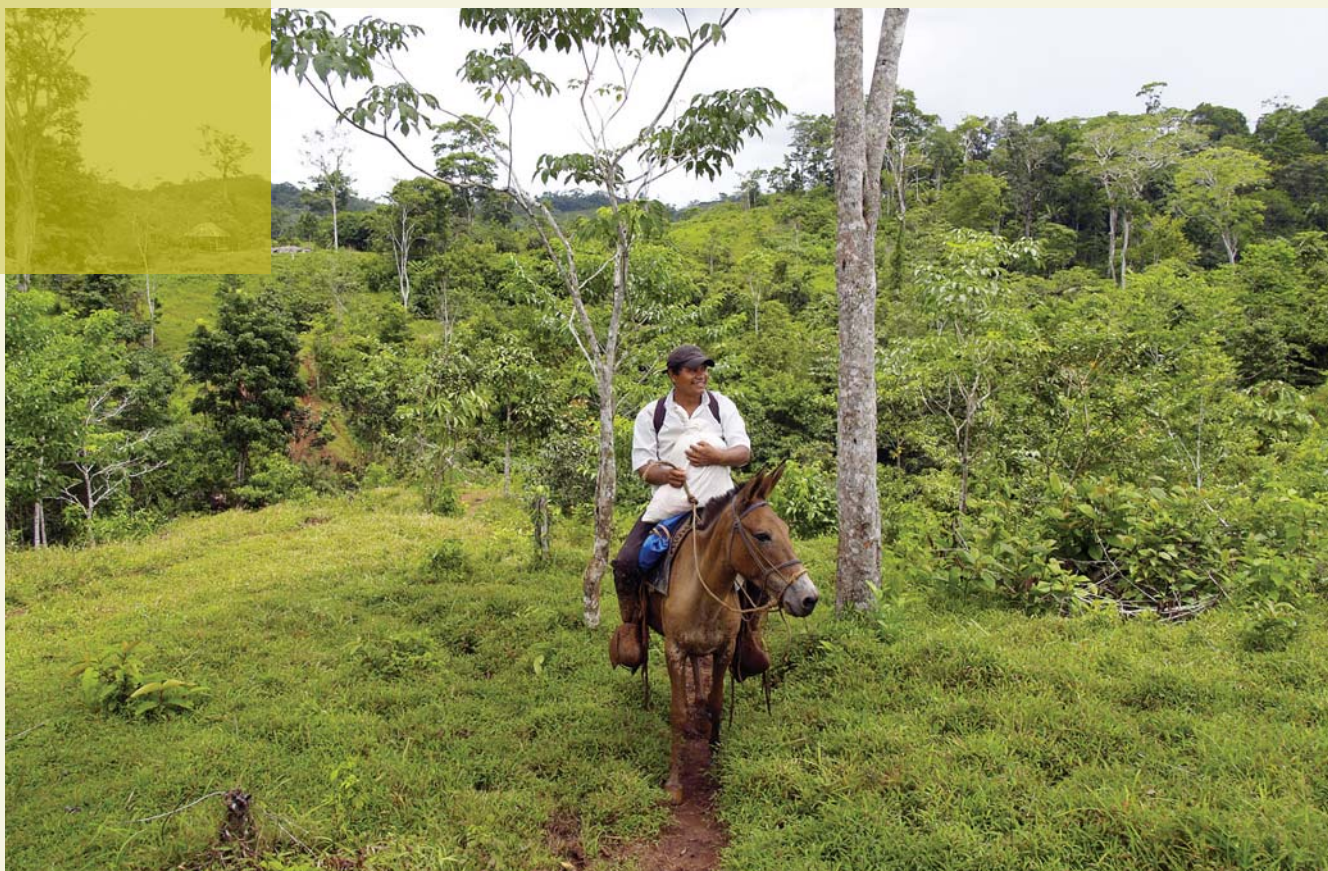
- interdisziplinäre und ressortübergreifende Länderteams zu allen Schwerpunktländern und -regionen der OEZA
- Arbeitsgruppe für den ODA-Pfad auf politischer Ebene
- interministerielle Arbeitsgruppe Kohärenz auf Beamtenebene mit Schwerpunkten wie Umwelt und Entwicklung, Wissenschaftskooperation, Ernährungssicherheit oder menschliche Sicherheit
- Kohärenzgruppe im Bereich Wirtschaft und Entwicklung
- entwicklungspolitischer Beirat
- Gremium für nachhaltige Entwicklung
- Ad hoc-Koordinationsitzungen und informelle Kontakte
- Überprüfung von Gesetzesentwürfen
- interministeriell abgestimmte Regionalprogrammplanung
- Dialog mit dem Parlament
- strukturierter Dialog mit Nichtregierungsorganisationen (NRO)

Von zentraler Bedeutung ist der intensive Dialog zwischen den wichtigsten *Stakeholdern* auf Regierungsseite – vor allem BMeiA und BMF – und dem Parlament, weil dadurch verschiedene gesellschaftliche Kräfte erreicht werden können. Nur durch deren Zusammenwirken wird eine gerechte und nachhaltige österreichische Entwicklungspolitik zu erreichen sein. Das Parlament nimmt dadurch seine wesentliche Rolle bei der politischen Willensbildung wahr.

Fragen entwicklungspolitischer Kohärenz wurden 2007 vom Parlament auch initiativ aufgegriffen und in einer eigenen Veranstaltung diskutiert. Dabei wurde darauf hingewiesen, die existierenden Gremien verstärkt und systematisch für ein proaktives Kohärenzmanagement zu nutzen.

Auch eine aktive Zivilgesellschaft ist wichtig, um entwicklungspolitische Themen voranzutreiben. Die Zivilgesellschaft wurde 2007 auf politischer Ebene im Rahmen eines so genannten „Strukturierten Dialogs“ mit der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im Außenministerium (Sektion VII) sowie auf verschiedenen Arbeitsebenen eingebunden. Der Dialog wird weitergeführt und gewährleistet einen regen Informations- und Erfahrungsaustausch.





Ländliche Entwicklung

Nach einem intensiven Diskussionsprozess, an dem sich die OEZA bei Veranstaltungen und über die *Global Donor Platform for Rural Development* (GDPRD) beteiligte, wurde Ende 2007 der Weltentwicklungsbericht „*Agriculture and Development*“ der Weltbank verabschiedet. Im Vergleich zum Bericht 1982 zum selben Thema lässt sich feststellen, dass sich die Rahmenbedingungen in den am wenigsten entwickelten Ländern nicht verbessert haben. Weiterhin leiden ca. 850 Millionen Menschen an Hunger und Mangelernährung. Die Armut in den städtischen Ballungszentren hat zugenommen, der Anteil der Armen auf dem Land ist mit 75 Prozent sehr hoch. Ernteauffälle infolge des Klimawandels und der Störung lokaler Märkte sowie Lagerungsverluste stellen eine immer größere Herausforderung dar. Der Wandel des Konsumverhaltens in den Wachstumsländern Asiens sowie die steigende Produktion von Agrartreibstoffen aus landwirtschaftlichen Produkten bringen neue Chancen für Bauern und Bäuerinnen, sofern sie an Märkte angebunden sind und ihre Produkte zu fairen Preisen verkaufen können. Generell werden jedoch Ernährungssicherung sowie die zunehmende soziale und regionale Ungleichheit immer problematischer.

Eine leichte Trendumkehr gab es auf der Geberseite. Nachdem die finanziellen Leistungen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zurückgegangen waren, wird dem Sektor Landwirtschaft nun wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Europäische Kommission (EK) erarbeitete ein thematisches Strategiepapier und das Mehrjahresrichtprogramm zur Ernährungssicherheit 2007–2010 und stimmte die

Dokumente mit den Mitgliedsstaaten ab. In einem weiteren Strategiepapier zum Thema „Weiterentwicklung der afrikanischen Landwirtschaft“ wurden Ansätze, Methoden und Instrumente der Kooperation mit den afrikanischen Partnern auf kontinentaler, regionaler und nationaler Ebene festgelegt. So werden NEPAD (*New Partnership for Africa's Development*) und Regionalorganisationen verstärkt die Verantwortung für das *Comprehensive African Agriculture Development Programme* (CAADP) tragen.

Der Abstimmung sowie dem Erfahrungs- und Informationsaustausch widmete sich auch das zweite *European Forum for Rural Development* im Juni 2007 in Berlin. ■

Schlüsselbegriffe

■ ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

... bedeutet entsprechend der international maßgeblichen Definition der Welternährungsorganisation (FAO) den Zugang aller Menschen zu jeder Zeit zu genügend Nahrungsmitteln, um ein aktives und gesundes Leben führen zu können. Folgende Bedingungen müssen erfüllt sein:

- Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene: Dabei geht es primär um die Produktion von Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf, ergänzt durch Vorratshaltung, das Angebot auf den Märkten sowie gegebenenfalls durch Transferleistungen.
- Der Zugang zu Nahrungsmitteln für alle wird vor allem durch die Kaufkraft (Einkommen und Preise) und die Möglichkeit zu Eigenproduktion bestimmt. Wissen, Normen und Werte sowie verfügbare Zeit und Transportmöglichkeiten sind ebenfalls wichtige Faktoren.
- Verwendung und Verwertung von Nahrungsmitteln: Wichtig sind hier sowohl Verhaltensweisen als auch das Wissen um die Zusammensetzung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, deren Verarbeitung und Lagerung.

■ LOKALE ENTWICKLUNG UND REGIONALE ZUSAMMENARBEIT

... bedeuten, dass die lokale Dynamik sowie die Initiativen und Interessen der Bevölkerung die Grundlage der relevanten Strategien und Förderungen bilden müssen. Evaluierungen verschiedener Geber haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Ministerien auf nationaler Ebene nicht ausreicht, um lokale Beteiligung und Verantwortlichkeit in jedem Fall sicherzustellen.

■ INTERDEPENDENZEN STADT-LAND

Der ländliche Raum steht in einer vielfältigen Wechselbeziehung mit den urbanen Ballungszentren. Das Verhältnis weist oft ein starkes ökonomisches und politisches Machtgefälle auf. Ländliche Entwicklung ist unter anderem durch zunehmende Vernetzung und Kommunikation geprägt, wobei die Interessen und Potenziale von MigrantInnen eine Rolle spielen.





Aktivitäten 2007

Im Bereich Ländliche Entwicklung lag 2007 einer der Schwerpunkte der OEZA auf der Beobachtung und Analyse internationaler Erfahrungen und deren Anwendung im Rahmen der Strategieentwicklung. Österreichische Einsichten wurden im Gegenzug in die internationale Diskussion eingebracht. Ein weiterer Fokus richtete sich auf die Fertigstellung der Strategie zur ökologischen Landwirtschaft. Diese umwelt- und ressourcenschonende sowie sozial nachhaltige Form der Landwirtschaft bietet vor allem Klein(st)bauern und -bäuerinnen eine Möglichkeit, die eigene Ernährung zu sichern sowie zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften, teilweise sogar über den Export von zertifizierten landwirtschaftlichen Produkten.

In den Partnerländern

Weiters bewertete die OEZA die Sektorstrategien zur Ländlichen Entwicklung, unter anderem in Bhutan, der Region Himalaya-Hindukusch, Nicaragua und Zentralamerika sowie Äthiopien und Mosambik. Untersucht wurde deren Verknüpfung mit Prozessen und Programmen zu Armutsminderung, Dezentralisierung und lokalen Entwicklungskonzepten. Darüber hinaus wurde die Umsetzung von Programmen in den Partnerländern aus fachlicher Perspektive verfolgt. Im Bereich ländliche Entwicklung spielt die genaue Kenntnis des lokalen Umfelds, der sozioökonomischen Bedingungen sowie des institutionellen und kulturellen Kontexts eine große Rolle. Für die Programmierung ist daher die Auseinandersetzung mit lokalen Entwicklungsplänen ein wichtiger Parameter für die Entscheidungsfindung.

Unsere Erfolge

Nicaragua: Ökologischer Anbau am Rand des Regenwalds

Projektpartner: IP – Institut für Projektplanung; Landwirtschaftsministerium, Nicaragua; IPADE – Institut für landwirtschaftliche Technologie, Nicaragua

El Rama ist eine schwer zugängliche Region im Osten Nicaraguas am Rande des Regenwaldes. Neuer fruchtbarer Boden wird vor allem durch Brandrodung gewonnen. Dadurch dringt die Ackerbaugrenze immer weiter in den Urwald vor. Ein Großteil des Waldes ging dadurch bereits verloren und hat die Artenvielfalt stark reduziert.

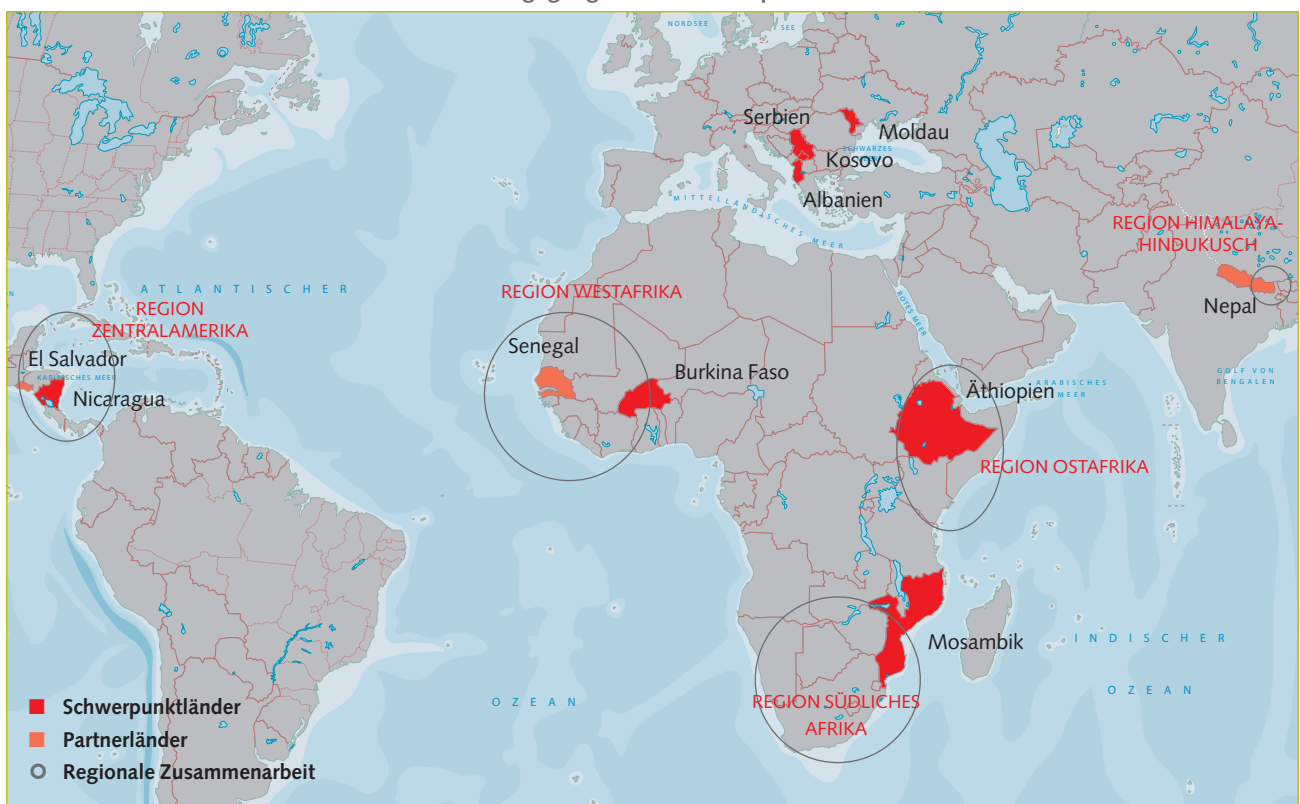
Ein lokales Entwicklungsprogramm sichert die Existenz der Bevölkerung und schützt gleichzeitig die letzten Waldreserven. Zwölf Gemeinden im Süden El Ramas stellten auf nachhaltige ökologische Anbaumethoden um. Die Produktion wurde qualitativ verbessert, die Palette an landwirtschaftlichen Produkten um Zimt, Kakao, Pfeffer und Muskatnuss erweitert. Diese Produkte sind robuster und bringen mehr Ertrag. Sie werden von den Bäuerinnen verarbeitet und anschließend auf dem lokalen Markt verkauft. Viele Bauernfamilien investieren mittlerweile einen Teil des Zusatzeinkommens aus der lokalen Vermarktung in die Ausbildung ihrer Kinder. Seit 2007 wird eine Zertifizierung für biologische und *Fair-Trade*-Produkte angestrebt. Dies sichert den Bauernfamilien mittel- und langfristig höheres Einkommen.

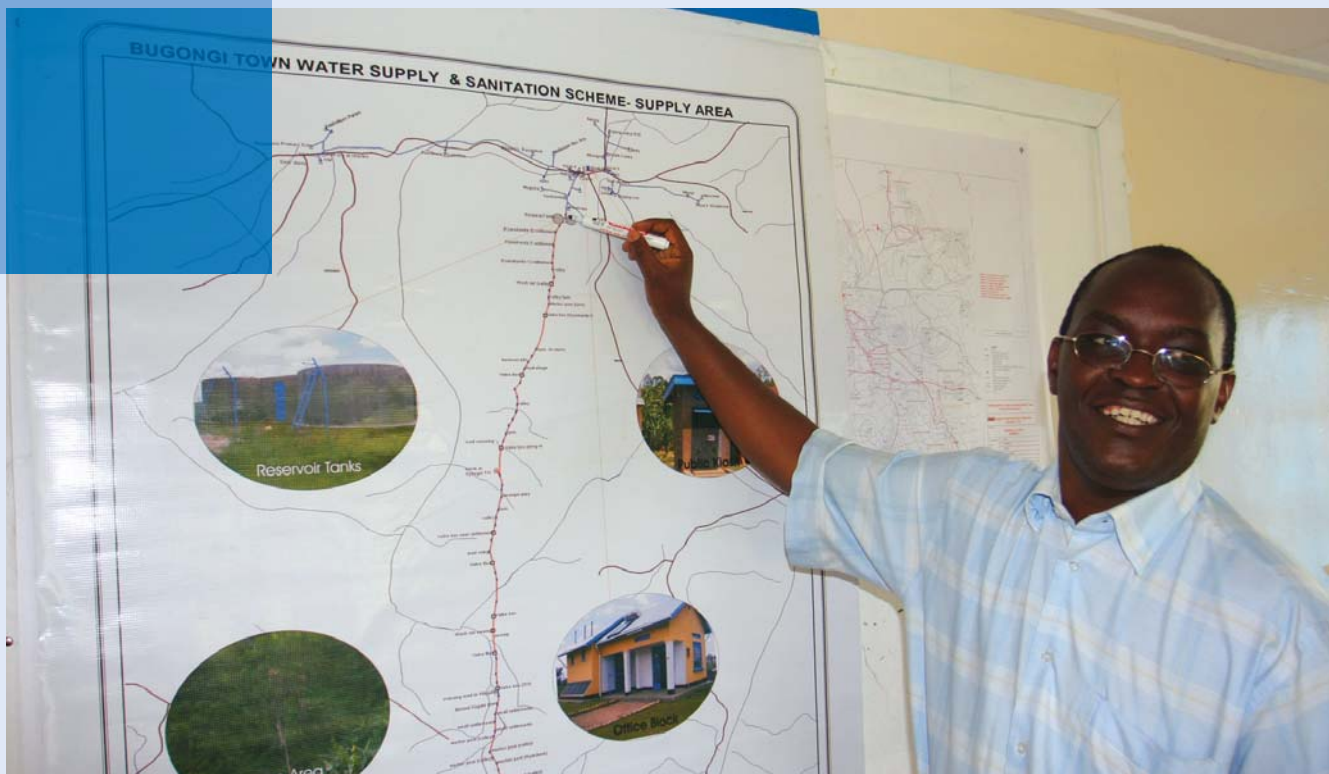
Mosambik: Stärkung der Kleinbäuerinnen und -bauern

Vier Fünftel der Bevölkerung Mosambiks leben von der Landwirtschaft. Um die Ernährung und Existenz der Menschen in den Distrikten Búzi und Dondo langfristig zu sichern, fördert das Projekt „PROMEC“ die nachhaltige Erzeugung marktfähiger Produkte durch ökologisch verträgliche Landwirtschaft und Ressourcenschutz. Auch die Lagerung und Konservierung der Produkte folgen strengen ökologischen Kriterien. Handelsbeziehungen zwischen den KleinlandwirtInnen bzw. deren Gruppen oder Verbänden und den kommerziellen Ankäufern (Händler, Agrarindustrie) werden aufgebaut und gestärkt. Der Zusammenschluss in „Clubes de Negócio“ soll die Produktvermarktung und die Interessenvertretung nach außen verbessern. 2007 gab es bereits 78 Clubs mit 2.350 Mitgliedern, mehr als 40 Prozent sind Frauen. Das Programm wird auf weitere drei Distrikte ausgeweitet.

Projektpartner: Landwirtschaftsdirektion der Provinz Sofala (DPA), Landwirtschaftsdirektionen der Distrikte (DDAs), Mosambik

Übersicht OEZA-Aktivitäten Ländliche Entwicklung: geografische Schwerpunkte





Wasser und Siedlungshygiene

Der Handlungsbedarf im Wassersektor bleibt in den Entwicklungsländern trotz der bereits erzielten Fortschritte enorm. Zusätzliche Anstrengungen sind notwendig, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Diese Ziele sehen vor, den Bevölkerungsanteil ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung bis 2015 zu halbieren. 1,2 Milliarden Menschen sind derzeit jedoch nach wie vor von der Versorgung mit sauberem Trinkwasser ausgeschlossen. Rund 2,6 Milliarden Menschen verfügen über keinen Zugang zu adäquaten sanitären Einrichtungen. Jährlich sterben 1,8 Millionen Menschen an Magen- und Darmerkrankungen aufgrund von unsauberem Wasser und mangelnder sanitärer Versorgung. Ländliche Regionen und benachteiligte Gruppen wie Frauen, Kinder und Minderheiten sind von diesem Mangel und dessen Folgen besonders betroffen. In ländlichen Regionen Afrikas südlich der Sahara haben noch immer nur 48 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sicherem Trinkwasser. Besondere Herausforderungen sind steigendes Bevölkerungswachstum und die zunehmend spürbare Erwärmung des Klimas. Die Erhaltung der Umwelt geht mit dem Schutz der Wasserressourcen einher. Das nachhaltige Management von Flusseinzugsgebieten ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für regionale Zusammenarbeit.

Die Bedeutung von Wasser für soziale und wirtschaftliche Entwicklung ist international unumstritten. Eine gesicherte Trinkwasserversorgung, die Verbesserung der sanitären Verhältnisse und ein nachhaltiger Umgang mit den Wasserressourcen zählen zu den wesentlichen Voraussetzungen für Entwicklung. Armut, Hunger, Krankheiten und Kindersterblichkeit können nicht ohne entsprechende Wasserversorgung bekämpft werden. Hinzu kommen indirekte Wirkungen: Kinder nehmen bei guter Wasserversorgung regelmäßiger am Schulunterricht teil, da sie seltener krank sind und nicht Wasser holen müssen. Ein enger Zusammenhang besteht auch zur Gleichstellung von Mann und Frau sowie zu Demokratieentwicklung und Konfliktverhütung. ■

Schlüsselbegriffe

■ WASSER UND WASSERDIENSTLEISTUNGEN

Wasser ist ein nicht ersetzbarer Naturstoff und Urquell allen Lebens. Durch seine vielfältige Funktion als Lebensmittel, Voraussetzung für Hygiene, Produktionsmittel und Bestandteil der Ökosysteme spielt es auch in vielen anderen Entwicklungssektoren eine wesentliche Rolle. Dies gilt vor allem für die Bereiche Gesundheit, Ernährungssicherung und Energie. Wasser ist damit ein Schlüsselfaktor für sozioökonomische Entwicklung wie auch für die Bewahrung entscheidender Lebensgrundlagen.

■ TRINKWASSER

... ist für menschlichen Genuss und Gebrauch geeignetes Wasser, das bestimmte Anforderungen erfüllen muss. Trinkwasser muss frei von Krankheitserregern sein und darf keine gesundheitsschädigenden Eigenschaften besitzen. Es ist das wichtigste Lebensmittel und nicht ersetzbar.

■ SIEDLUNGSHYGIENE

Unter dem Begriff Siedlungshygiene (Englisch: *Sanitation*) werden alle Einrichtungen, Hygieneprinzipien und Maßnahmen zusammengefasst, die der sicheren Sammlung, Wiederverwertung und Entsorgung von menschlichen Fäkalien und häuslichen Abwässern dienen.

Definition nach: *Sanitation Policies, Thematic Overview Paper. IRC International Water and Sanitation Centre, Delft 2003*

Aktivitäten 2007

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzte 2007 mehr als zehn Prozent des bilateralen Budgets für Maßnahmen im Wassersektor ein. Die in Ausarbeitung befindliche Leitlinie „Wasser und Siedlungshygiene“ bildet eine wichtige strategische Grundlage für die nächsten Jahre. Als kleiner Geber muss Österreich seine komparativen Vorteile nützen. Zu diesen zählen die Fähigkeit, flexibel auf den jeweiligen lokalen Bedarf einzugehen, innovative Lösungsansätze einzubringen und diese verlässlich umzusetzen. Beispiele dafür sind der Einsatz von Solarenergie als Alternative zu Dieselpumpen bei der Förderung von Wasser oder die Umsetzung ökologischer Konzepte für die Errichtung von Trockentoiletten oder Pflanzenkläranlagen als kostengünstige und umweltfreundliche Lösungen für den ländlichen Raum.

Die OEZA setzte auch 2007 die Bemühungen fort, ihre Programme und Projekte im Sinne der Pariser Erklärung verstärkt mit anderen Gebern und den nationalen Programmen der Partnerländer abzustimmen. Die bestehenden Wasserprogramme werden zunehmend in die nationale Sektorpolitik des Partnerlandes eingebracht.





Multisektorielle Instrumente

Seit 2006 ist die OEZA Mitglied in der *Private Infrastructure Development Group* (PIDG), die über verschiedene Fazilitäten private Investitionen in armutsorientierte Infrastrukturprojekte mobilisiert. Zwischen 2006 und 2010 beteiligt sich die OEZA mit einem Beitrag von rund 8 Millionen Euro. Dieser ist für Energie- und Wasserprojekte in afrikanischen Schwerpunktländern vorgesehen und wird in Fazilitäten eingesetzt, die der Projektentwicklung dienen. Über die PIDG-Fazilität DevCO unterstützt die OEZA seit 2007 das ugandische *Small Scale Infrastructure Programme*, das auf die Bildung funktionierender *Public Private Partnerships* im Wassersektor abzielt.

Spezifische Programme

In Uganda, Mosambik, Kap Verde, Kenia, Ruanda, Guatemala und Südosteuropa wurden die Wassersektorprogramme zur Verbesserung der Wasserversorgung und Siedlungshygiene im ländlichen Raum fortgeführt und weiterentwickelt. In Guatemala und Kap Verde unterstützte die OEZA den Aufbau gemeindeeigener Wasserversorgungsbetriebe. In Südosteuropa traten an die Stelle von Einzelprojekten zusehends wirksame programmatische Ansätze. In Uganda leitete die OEZA bis Ende des Jahres erfolgreich die Geberkoordination im Wassersektor. Darüber hinaus förderte sie weiterhin das *Water and Sanitation Programme* (WSP) der Weltbank sowie die *African Water Facility* (AWF) durch finanzielle Beiträge und Expertise. Auf europäischer Ebene intensivierte Österreich in der EU-Wasserinitiative (EUWI) die Aktivitäten in den Arbeitsgruppen Afrika und Osteuropa. Wesentliche Impulse für eine Erneuerung der EU-Wasserfazilität wurden in Vorbereitung auf den 10. Europäischen Entwicklungsfonds in den einschlägigen EU-Gremien gesetzt. Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern initiierte die OEZA das Europäische Forschungsnetzwerk *SPLASH ERA NET* zum Thema „Wasser für Entwicklung“. Dadurch sollen die Zusammenarbeit und Koordination der Forschungsaktivitäten der EU-Länder und der assoziierten Staaten auf nationaler und regionaler Ebene verbessert werden. Die OEZA übernahm die Leitung eines Arbeitspakets.

Unsere Erfolge

Afrika global: Afrikanische Wasserfazilität

Projektpartner: Afrikanische
Entwicklungsbank

Die OEZA unterstützt die Afrikanische Wasserfazilität (AWF) durch direkte Beiträge und die Entsendung eines Wasserexperten. Die AWF finanziert konkrete armutsorientierte Wasser- und Sanitärprojekte. Sie wurde auf Initiative des *African Ministers' Council on Water* (AMCOW) eingerichtet und wird von der Afrikanischen Entwicklungsbank implementiert. Die AWF ist ein gutes Beispiel für die stärkere Eigenverantwortung der Partner und die Harmonisierung der Geberaktivitäten. Bis 2010 stellt die OEZA rund 1 Millionen Euro für die AWF zur Verfügung. Weiters beteiligen sich daran die Europäische Kommission, Kanada, Dänemark, Frankreich, Norwegen und Schweden.

Projektpartner: Directorate
of Water Development/
Ministry of Water and
Environment, Uganda

Uganda: South Western Towns Water and Sanitation Project

Die OEZA finanziert in Südwest-Uganda ein regionales Programm zur Wasserversorgung von 40 Siedlungszentren. Mittlerweile haben 48.000 Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Das

Programm wird ohne österreichischen Partner in direkter Zusammenarbeit mit den ugandischen Projektträgern konzipiert und umgesetzt. Entscheidend für den Erfolg war die Mobilisierung aller Beteiligten, der Einsatz angepasster und innovativer Technologien, der Schutz der natürlichen Ressourcen sowie der Aufbau eines ugandischen Dachverbands, der die kleinen Wasserversorger unterstützt. Das Sektorprogramm soll zu einem nationalen Finanzierungsinstrument umgebaut und durch Kofinanzierungsmittel aus der EU-Wasserfazilität ausgeweitet werden. In den kommenden Jahren werden jährlich 3,5 Millionen Euro investiert. Die OEZA beteiligt sich mit 1,4 Millionen Euro jährlich. In Uganda gilt das österreichische Projekt als beispielgebend.

Moldau: Wasserversorgungsanlage für Carpineni

Die Schweizer Entwicklungsagentur DEZA führt mit Kofinanzierung der OEZA Wasserprojekte in der Region Hincesti durch. Durch das gemeinsame Programm sollen die sanitären Bedingungen in Zentralmoldau verbessert und mehr Gemeinden betreut werden. Um die Anlage auch nach Beendigung des Projekts effizient und kostendeckend betreiben zu können, wurde in der Gemeinde ein Wasserverbraucherverein gegründet, der für die Gebühren, die Überprüfung der Wasserqualität sowie für die Wartung und Reparaturen zuständig ist. Individuelle Zähler und ein leistbarer Preis sichern die Nachhaltigkeit und garantieren, dass sich die Anlage selbst finanziert. Insgesamt wurden 509 Anschlüsse eingerichtet, unter anderem für ein Spital, ein Internat und eine Schule.

*Projektpartner: Schweizer
Direktion für Entwicklungs-
zusammenarbeit (DEZA)*

Übersicht OEZA-Aktivitäten Wasser: geografische Schwerpunkte





Energie

Steigende Preise für fossile Brennstoffe verstärken die Energiekrise in Entwicklungsländern. Trotz des wachsenden Energiebedarfs fehlen Investitionen. Laut Schätzungen müssten allein in Afrika südlich der Sahara jährlich 17 bis 22 Milliarden USD investiert werden. Derzeit steht jedoch nicht einmal die Hälfte zur Verfügung. Rund 2,4 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu verlässlichen Energiequellen und -dienstleistungen. Ländliche Regionen und benachteiligte Gruppen wie Frauen, Kinder und Minderheiten sind davon besonders betroffen.

Entwicklung braucht Energie. Sie ist ein wichtiger Faktor für industrielle und gewerbliche Tätigkeiten, für die Mobilität der Menschen, landwirtschaftliche Produktion, moderne Bildungseinrichtungen und Haushalte. Der globale Klimawandel spielt im Energiesektor eine zunehmend wichtige Rolle. Denn die für soziale und wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Energieprojekte sind häufig Mitauslöser des Klimawandels. Dieser wiederum gefährdet Entwicklungserfolge und bestehende Infrastruktur. Umso wichtiger sind nachhaltige Energiepolitiken und der weltweite Einsatz von sauberen Technologien.

Der Energiesektor als Schwerpunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit nimmt daher an Bedeutung zu. Internationale und regionale Finanzinstitutionen haben ihre Unterstützung besonders in Afrika merklich erhöht. Die Europäische Kommission hat dafür seit 2002 zusätzliche Finanzierungsinstrumente entwickelt – EU-Wasser- und Energieinitiative, EU-Wasser- und Energiefazilitäten, EU-Afrika-Infrastruktur- und

Energiepartnerschaft usw. Auf europäischer Ebene intensivierte Österreich in der EU-Energieinitiative (EUEI) seine Aktivitäten. Wesentliche Impulse für eine Erneuerung der EU-Energiefähigkeit wurden in Vorbereitung auf den 10. Europäischen Entwicklungsfonds in den einschlägigen EU-Gremien gesetzt.

Besondere Bedeutung kommt der regionalen Integration, der Harmonisierung der Geberaktivitäten und der Anpassung an die Programme der Partnerländer zu. Überregionale Zusammenarbeit und Energieprojekte fördern regionalen Handel, wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Seit 2005 koordiniert ein Infrastrukturkonsortium bei der Afrikanischen Entwicklungsbank den Infrastrukturaufbau in Afrika.

Gemeinsam mit Regionalorganisationen hat NEPAD den *Infrastructure Short-Term Action Plan* (STAP) erarbeitet, der bestimmte regionale Schlüsselvorhaben definiert. Derzeit werden Politiken und Projekte zur Erhöhung der Energiesicherheit erarbeitet. ■

Schlüsselbegriffe

■ ENERGIE UND ENERGIEDIENSTLEISTUNGEN

Aus entwicklungspolitischer Sicht geht es darum, Zugang zu Energie für Kochen, Beleuchtung, Heizung, Kühlung und Antrieb in privaten Haushalten zu schaffen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um Armut zu mindern und nachhaltige Entwicklung in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu ermöglichen.

■ ERNEUERBARE ENERGIE

... kommt aus nachhaltigen Quellen, die entweder nachwachsen oder nach menschlichen Maßstäben unerschöpflich sind. Im physikalischen Sinn wird Energie nicht erzeugt, sondern aus entsprechenden Energieträgern bzw. Energiespeichern umgewandelt. Sonnenenergie (Solarthermie, Photovoltaik), Wind-, Wellen- und Wasserkraft, Geothermie (Erdwärme) und Energie aus der Verbrennung von moderner Biomasse werden zu den erneuerbaren oder regenerativen Energien gezählt.

■ ENERGIEEFFIZIENZ

... umfasst die wirkungsvolle Erzeugung und Nutzung von Energie sowie Einsparmöglichkeiten. Durch größere Effizienz kann der Energieverbrauch gesenkt werden. Dadurch werden Emissionen und der Einsatz von Ressourcen verringert sowie die Versorgungssicherheit erhöht. In ländlichen Entwicklungsregionen kann der Verbrauch von Holz zur Energiegewinnung zum Beispiel durch die Verwendung energieeffizienter Öfen verringert werden. Allerdings ist der Zugang zu modernen Energiedienstleistungen („Access to Energy“) das Hauptanliegen, insbesondere für die afrikanische Bevölkerung.





Aktivitäten 2007

Die OEZA engagiert sich im Energiesektor insbesondere in den Bereichen Kapazitätsbildung, Politik- und Projektentwicklung sowie mit kleineren Investitionen. Größere Aufmerksamkeit fanden Initiativen mit regionaler, grenzüberschreitender Wirkung. Die Abstimmung der Maßnahmen mit anderen Gebern und nationalen Programmen der Partnerländer im Sinne der Pariser Erklärung wurde weiter verstärkt. Die Leitlinie „Energie für nachhaltige Entwicklung“ bildet eine wichtige strategische Basis für die nächsten Jahre.

Regionale Programme

Im Februar 2007 trat die OEZA der Energie- und Umweltpartnerschaft für Zentralamerika bei. Der OEZA-Beitrag beläuft sich bis zum Jahr 2009 auf 1,8 Millionen Euro und wird vor allem in den Bereichen Wasserkraft, Solarthermie und Biomasse umgesetzt. Mit 1,3 Millionen Euro unterstützt die OEZA die *Economic Community for West African States* (ECOWAS) bei der Umsetzung ihrer Energiepolitik für ländliche Regionen. Im April unterzeichneten die EK, die Europäische Investitionsbank und sieben EU-Mitgliedsstaaten ein Abkommen zur Einrichtung eines EU-Afrika-Treuhandfonds für Infrastruktur. Die OEZA beteiligt sich daran als Gründungsmitglied vorerst mit einem Beitrag von 1 Million Euro. Der Treuhandfonds ist ein wichtiger Pfeiler der EU-Afrika-Strategie und der EU-Afrika-Infrastrukturpartnerschaft. Über kombinierte Zuschüsse und Kredite werden daraus überregionale bzw. grenzüberschreitende Großprojekte in den Bereichen Energie, Transport, Informationstechnologie und Wasser finanziert.

In den Partnerländern

Energieeffizienz und erneuerbare Energie sind Schwerpunkte der OEZA in Südosteuropa. Gefördert werden insbesondere die Nutzung von Geothermie in Mazedonien, energieeffizientes Bauen in Montenegro und Mazedonien, der Einsatz von Biogas und Biodiesel in Serbien sowie von Windkraft in Bosnien und Herzegowina. Die OEZA fördert lokale Unternehmen in Albanien und Mazedonien bei der Herstellung von solarthermischen Anlagen. In Mazedonien ist ein umfassendes Energieeffizienzprogramm im Aufbau. In Bhutan konzentrierte sich die OEZA auf den Abschluss der Projektentwicklung rund um das Wasserkraftwerk Dagachhu. Ende 2007 trat sie gemeinsam mit dem BMF dem *Energy Sector Management Assistance Programme* (ESMAP) der Weltbank bei. Im November 2007 organisierte die OEZA das 7. *Global Forum on Sustainable Energy* (GFSE-7) zum Thema „*Energy Efficiency for Developing Countries*“ und leistete damit einen wichtigen Beitrag zum internationalen Energiedialog.

Unsere Erfolge

Energieplan für Westafrika

2005 verabschiedete ECOWAS eine regionale Energiepolitik für ländliche und vorstädtische Regionen. Bis 2015 sollen alle BewohnerInnen über moderne Kochgelegenheiten verfügen und 66 Prozent der Haushalte Zugang zu essenziellen Energiedienstleistungen haben. Rund 20 Prozent der zukünftigen Investitionen sollen in die Produktion von Elektrizität durch erneuerbare Energiequellen fließen.

ßen. Durch gemeinsame Zuschüsse des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Frankreichs und der *EU Partnership Dialogue Facility* werden die Politikteilbereiche Kapazitätenbildung und technische Hilfe zur Formulierung nationaler Investmentstrategien gefördert. ECOWAS setzt das Projekt gemeinsam mit UNDP um.

Projektpartner:
UNDP, ECOWAS

Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika

Die Energie- und Umweltpartnerschaft für Zentralamerika (EEP) finanziert Maßnahmen in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz, insbesondere in abgelegenen ländlichen Regionen. Die Zuschüsse werden für Projekt- und Politikentwicklung sowie Kapazitätenbildung verwendet. Die EEP verfügt bis 2009 über ein Budget von mehr als 6,8 Millionen Euro. Damit wurden unter anderem bereits Wind- und Kleinwasserkraftwerke in Nicaragua, solarbetriebene Gefriergeräte in Panama und Öko-Herde für Haushalte in Honduras gefördert. Bewusstseinsbildung bei öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern sorgt für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen.

Projektpartner: Sistema de la Integración Centroamericana (SICA), finnisches Außenministerium

Geothermie in Mazedonien

Das Geothermiefeld Kocani ist eines der bedeutendsten Europas. Seit 1987 wird geothermales Warmwasser gefördert. Mit Finanzierung durch die OEZA konnten zunächst notwendige Reparaturen im System durchgeführt werden. Eine weitere Projektphase hat die zukunftsorientierte Neuausrichtung des technischen und organisatorischen Betriebs sowie die Optimierung des gesamten Systems zum Ziel. Geothermie hat großes wirtschaftliches Potenzial für die Beheizung von öffentlichen Gebäuden und touristischen Einrichtungen. Die OEZA stellt für das Programm bis 2010 insgesamt rund 2 Millionen Euro zur Verfügung.

Projektpartner: Blue Waters; Ministerium für Wirtschaft, Ministerium für Energie und die Gemeinde Kocani in Mazedonien

Übersicht OEZA-Aktivitäten Energie: geografische Schwerpunkte





Governance

Im Menschenrechtsbereich waren 2007 zwei Entwicklungen für tendenziell benachteiligte Gruppen wichtig: Im März wurde das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen angenommen, das jedoch mangels ausreichender Ratifizierungen 2007 noch nicht in Kraft getreten ist. Im September verabschiedete die VN-Generalversammlung die über 25 Jahre lang verhandelte Erklärung über die Rechte der indigenen Völker. Diese ist ein Meilenstein im Hinblick auf Rechte wie Beteiligung, Mitentscheidung und Nichtdiskriminierung.

In der OECD wurde innerhalb des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) ein Politikpapier zur Stärkung und Förderung der Menschenrechte angenommen, das unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der OECD-Mitgliedsstaaten hat.

Im Bereich Friedenssicherung/fragile Staaten publizierte das OECD/DAC zehn Prinzipien für das internationale Engagement in fragilen Staaten. Diese sollen den Akteuren helfen, ein konstruktives Zusammenwirken von nationalen und internationalen *Stakeholdern* in Ländern mit schwacher *Governance* und Konflikten sowie in Phasen vorübergehender Fragilität zu fördern.

Weiters veröffentlichte das OECD/DAC das „*Handbook on Security System Reform: Supporting Security and Justice*“ als wichtiges Instrument zur Entwicklung, Implementierung und Koordinierung von Projekten und Programmen zur Reform des Sicherheitssektors.

Auf EU-Ebene ging es 2007 um die praktische Umsetzung des gemeinschaftlichen Konsenses, zum Beispiel durch so genannte Anreiz-Tranchen des Europäischen Entwicklungsfonds für jene Länder, die sich besonders für *Governance*-Reformen einsetzen.

Im Bereich Dezentralisierung wurden die Bemühungen zur Harmonisierung von Ansätzen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit fortgesetzt. Informationen und Erfahrungen in den Partnerländern wurden in einer Geberarbeitsgruppe ausgetauscht. Die Europäische Kommission startete Ende des Jahres einen intensiven Dialog mit den Mitgliedsstaaten über lokale Entwicklung – Dezentralisierung, lokale Regierungsführung und territoriale Entwicklung. Die Ergebnisse sollen Ende 2008 in einer EU-Mitteilung veröffentlicht werden. ■

Schlüsselbegriffe

■ RECHTSSICHERHEIT (RULE OF LAW)

... bedeutet, dass staatliches Handeln nur im Einklang mit öffentlich zugänglichen Gesetzen erfolgt, die Unabhängigkeit der Justiz sichergestellt ist, die Verfassung und die daraus abgeleiteten Gesetze eingehalten werden, Gleichheit vor dem Gesetz gilt und Gewaltenteilung besteht. Eine transparente Verwaltung, ein aktiver Wirtschaftssektor und eine funktionierende Zivilgesellschaft sind für die Entwicklung eines Landes wesentlich und erfordern einen normativen Rahmen, der Stabilität garantiert und soziale und wirtschaftliche Dynamik fördert.

■ KONFLIKTSENSITIVITÄT

Jedes Vorhaben in der Entwicklungszusammenarbeit hat Auswirkungen auf die soziale, politische und wirtschaftliche Situation eines Landes sowie auf latente oder offene Konflikte. Unter Konfliktsensitivität versteht man die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen Konflikt und Maßnahme mit dem Ziel, negative, konfliktverschärfende Wirkungen zu verhindern und positive, deeskalierende und friedensfördernde Wirkungen zu verstärken.

■ SOZIALES KAPITAL

... entsteht durch die Bereitschaft der Akteure, miteinander zu kooperieren. Es umfasst die Gesamtheit vorhandener und potenzieller Ressourcen, die mit der Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen verbunden sein können. Soziales Kapital bezieht sich nicht primär auf natürliche Personen, sondern auf Beziehungen zwischen diesen. Es bildet die Basis von Subsidiarität, gemeinsamer Aktion und Selbsthilfe und ist auf lokaler Ebene vor allem für ärmere Bevölkerungsgruppen besonders wichtig.





Aktivitäten 2007

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzte unter anderem mit Unterstützung der OEZA-Koordinationsbüros die Leitlinien zu *Good Governance*, Menschenrechten sowie zu Friedenssicherung und Konfliktprävention weiter um. So fanden etwa Fortbildungen zu den Themen „Behinderung und Korruptionsbekämpfung“ sowie zu „Konfliktsensitivität – *Do No Harm*“ statt. Weitere Fokus-Papiere zu den Themen „Parlamente und Armutsminderung“ sowie „Frauen, Gender und bewaffnete Konflikte“ wurden veröffentlicht. Ein verstärkter Dialog mit Partnern in Österreich führte zur Beteiligung an einem Training zu Menschenrechten für Nichtregierungsorganisationen sowie zu Vorträgen bei verschiedenen Veranstaltungen. Bei der Erstellung des österreichischen Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 arbeitete die OEZA in einer interministeriellen Arbeitsgruppe mit.

Im Rahmen von Länder- und Regionalprogrammierungen wurden unter anderem Beiträge zu Bhutan, der Region Himalaya-Hindukusch und zu Zentralamerika erarbeitet. Die OEZA wirkte auf internationaler Ebene im OECD/DAC und in EU-Arbeitsgruppen zu *Governance* und Menschenrechten sowie zu Friedenssicherung und Konfliktprävention mit und beteiligte sich an der Mitgestaltung und Ausformulierung von Politiken und praktischen Handlungsanleitungen.

Im Bereich Dezentralisierung stellte die OEZA den Entwurf einer Strategie zu „*Decentralisation, local governance and local development*“ fertig und brachte österreichische Erfahrungen und Positionen in internationale Meetings bzw. in Strategieentwürfe und Studien anderer Geber ein. In den Partnerländern wurden die laufenden Dezentralisierungsprozesse untersucht und bewertet sowie die entscheidenden Faktoren im Prozess der Umsetzung systematisiert. Daraus ergaben sich mögliche Antworten auf Herausforderungen wie Mangel an Kapazitäten, verbesserungswürdige Anwendung von Finanzierungsinstrumenten, unzureichende Berücksichtigung von Partizipation oder auch fehlende bzw. unvollständige Entwicklungspläne auf lokaler Ebene. Dezentralisierung war 2007 in der Umsetzung des Programms für Mosambik ein wichtiges Thema.

Unsere Erfolge

Netzwerk afrikanischer Parlamente zur Reduzierung der Armut

Projektpartner:
Parliamentary Centre,
Kanada

Das Projekt wird vom kanadischen *Parliamentary Center* gemeinsam mit dem *African Poverty Reduction Office (APRO)* durchgeführt. Das *African Parliamentary Poverty Reduction Network (APRN)* wurde 2003 von afrikanischen ParlamentarierInnen gegründet und bietet Diskussionsforen zu zentralen Themen wie Armutsminderung und Budgetvollzug an. Es stärkt die Kapazitäten der Parlamente für die Ausübung demokratischer Funktionen wie budgetäres *Monitoring* oder Politikentwicklung. Mittlerweile umfasst das Netzwerk fünfzehn Mitgliedsländer, die sich aktiv an verschiedenen Programmen beteiligen.

Die Initiative unterstützt die Verbindung zwischen Parlamentsausschüssen und der Zivilgesellschaft sowie Forschungseinrichtungen und trägt dadurch zu einer transparenteren und effizienteren Re-

gierungsführung bei. 2007 wurden unter anderem Workshops zu Budgetprozessen, Fortbildungen für Parlamentsmitglieder und -angestellte sowie der Ausbau eines *Learning Center* mit Fokus auf Armut und Budget gefördert.

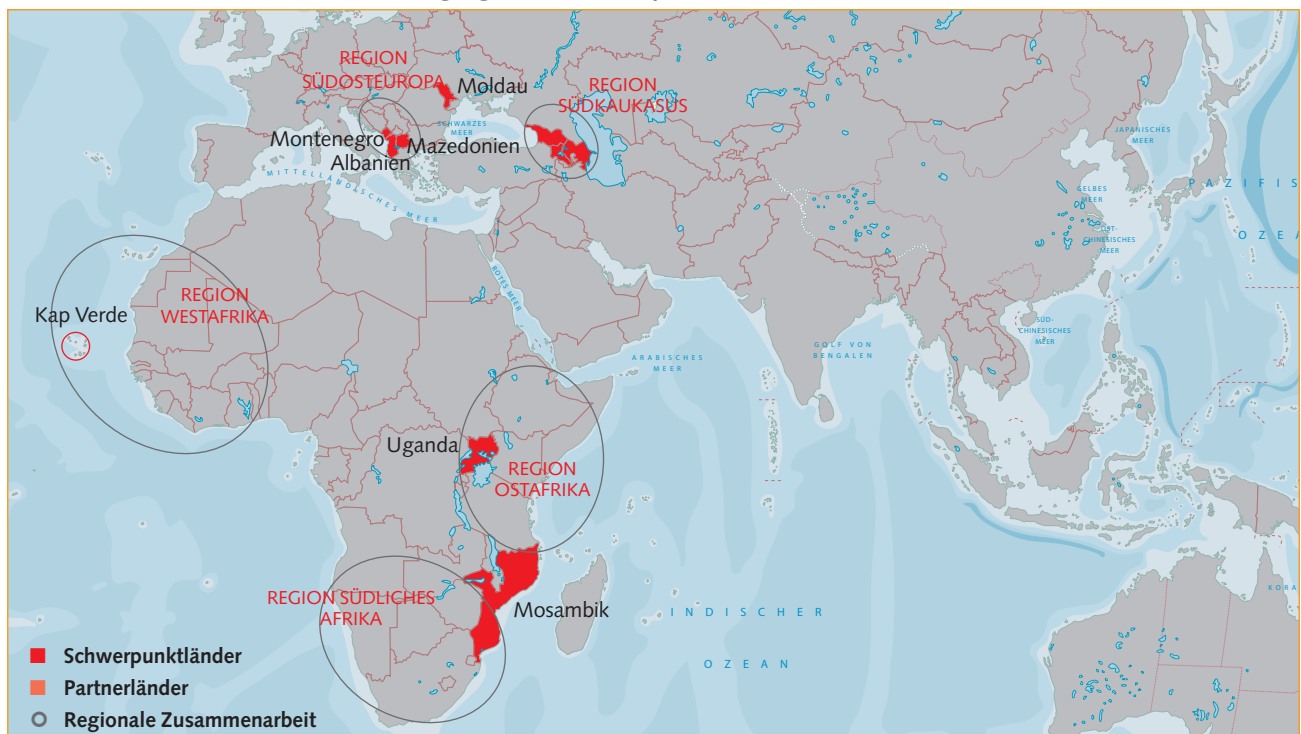
Raumplanung kapverdischer Gemeinden

In den meisten Entwicklungsländern wird die Planung der Raumnutzung von den Verwaltungen vernachlässigt. Es mangelt an Budgetmitteln, qualifizierten PlanerInnen oder auch am Bewusstsein für die Bedeutung des Planungsprozesses für die Entwicklung von Stadt und Land.

Projektpartner:
ECOTEC – Gesellschaft für
wirtschaftlich-technischen
Strukturaufbau

Auf Kap Verde liegt die Verantwortung für die strategische sektorielle Planung der Gemeindeentwicklung infolge des laufenden Dezentralisierungs- und Restrukturierungsprozesses bei den Gemeinden selbst. Die OEZA unterstützt die Gemeinden beim Aufbau von technischen Abteilungen für Raumplanung mit der notwendigen Ausstattung und fachlichem Know-how. Die Planungsabteilungen werden bei der Erarbeitung der erforderlichen strategischen Grundlagen sowie bei der Erstellung von topografischen und Stadtentwicklungsplänen beraten. Einige lokale Entwicklungskonzepte und Flächenwidmungspläne – vor allem im Bereich Wasser – liegen bereits als Entwürfe vor. Diese sollen breit diskutiert und abgestimmt werden, um eine nachhaltige, ökologisch und sozial verträgliche Raumordnungsplanung zu gewährleisten.

Übersicht OEZA-Aktivitäten Governance: geografische Schwerpunkte





Bildung

Um das Ziel „*Education for All*“ von Dakar (2000) bis 2015 zu erreichen, ist die Absicherung der Grundbildung noch immer ein vorrangiges Thema innerhalb der internationalen Gemeinschaft. 1999 war weltweit noch 96 Millionen Kindern der Schulbesuch nicht möglich. Diese Zahl konnte bis 2007 um ca. 25 Prozent auf 77 Millionen reduziert werden. Die grundlegenden Herausforderungen bestehen in manchen Ländern nach wie vor in den geringen Netto-Einschulungsraten von deutlich weniger als 90 Prozent der Kinder im schulfähigen Alter. Selbst wenn Kinder eingeschult werden, wird der Schulbesuch oftmals frühzeitig abgebrochen.

Neben den steigenden SchülerInnenzahlen infolge des hohen Bevölkerungszuwachses verhindern zahllose Konflikt- und Krisenherde, dass das Ziel „Bildung für alle“ erreicht wird. Zusätzlich negativ wirkt sich die weltweite HIV/AIDS-Pandemie aus. Laut der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) werden bis 2010 mehr als 25 Millionen Kinder zu AIDS-Waisen werden. In Tansania ist HIV/AIDS mit 43 Prozent die Haupttodesursache von LehrerInnen.

Nach Jahren der Fokussierung auf Grundbildung ist die Nachfrage nach den nächsten beiden Bildungsstufen – Sekundarbildung (inkl. berufliche Bildung) und Höhere Bildung – stark gestiegen. Akademische Bildung und wissenschaftliche Forschung schaffen Fachkenntnisse, die für die Umsetzung der nationalen Armutsminderungsstrategien entscheidend sind. Insbesondere die Förderung endogener Problemlösungskapazitäten in den Bereichen Landwirtschaft, Wasserversorgung, Infrastruktur, Schutz der

natürlichen Ressourcen, *Governance* und Gesundheit ist gefragt. Ein gut funktionierendes System der Höheren Bildung gilt als unentbehrliche Voraussetzung für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und die nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. ■

Schlüsselbegriffe

■ BERUFLICHE BILDUNG

... ist ein spezifischer Teil der Sekundarschulbildung und bietet neben allgemeinem auch fachbezogenen und praxisorientierten Unterricht sowie die Vermittlung beruflicher Qualifikationen. Die mehrjährige Ausbildung, etwa im Tourismus, in der Landwirtschaft oder in technischen Berufen, ermöglicht nach Abschluss einen direkten Einstieg ins Berufsleben.

■ HÖHERE BILDUNG

Nach Grundbildung und Sekundarschulbildung ist die Höhere Bildung die dritte Bildungsstufe. Als Mindestzulassungsbedingung zu Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen wird der erfolgreiche Abschluss der zweiten Bildungsstufe oder der Nachweis des Erwerbs gleichwertigen Wissens verlangt.

■ BRAIN DRAIN – BRAIN CIRCULATION

Als *Brain Drain* wird die Abwanderung qualifizierter Fach- und Führungskräfte ins Ausland bezeichnet. *Brain Drain* kann in Entwicklungsländern zu einem dramatischen Fachkräftemangel in Schlüsselbereichen wie Gesundheit und Bildung sowie zur Schwächung von Institutionen Höherer Bildung, Wissenschaft und Forschung führen. Neueste Studien interpretieren die Emigration von Hochqualifizierten nicht mehr als abgeschlossenen Prozess, der für die Herkunftsländer einen Verlust und für die Aufnahmeländer einen Gewinn von Humankapital (*Brain Gain*) bedeutet. Stattdessen wird versucht, die Migration Hochqualifizierter eher als einen zirkulären Prozess der Hin- und Her- bzw. Weiterwanderung (*Brain Circulation*) zu organisieren, von dem nicht nur Industrieländer, sondern auch Entwicklungsländer profitieren können.

Aktivitäten 2007

Im Bildungssektor liegt der Schwerpunkt der OEZA auf den Bereichen Höhere Bildung (ca. 60 Prozent der ausgegebenen Mittel) sowie auf Berufsbildung. Durch die Finanzierung von Projekten von NRO wird auch der Bereich Grundbildung gefördert.

Mitte 2007 wurde die Evaluierung des Bildungssektors fertiggestellt. Daraus ergaben sich zwei für die weitere Programmierung wesentliche Empfehlungen: Institutionelle Kooperationen sollen individuelle Förderungen durch Stipendien ablösen und durch Systemförderung einen ganzheitlichen Ansatz mit längerfristiger Wirksamkeit ermöglichen. Individuelle Förderungen sollen nur mehr Teil eines umfassenden Ansatzes in der Kapazitätenentwicklung in der Höheren Bildung sein. Gerade im Bildungsbereich soll Programmhilfe den bisherigen Projektansatz ersetzen und so den Forderungen der Pariser Erklärung nachkommen.





Auf Basis der Evaluierungsergebnisse und der geänderten politischen Vorgaben wurde 2007 mit der Ausarbeitung einer Strategie für die Bereiche Höhere Bildung und Forschung begonnen. Dieses Strategiepapier ist ein direktes Instrument für die Umsetzung und legt Maßnahmen und Instrumente zur Erreichung der politischen Zielvorgaben fest.

Die Evaluierung des Schwerpunkts „Berufliche Bildung in Burkina Faso“ empfiehlt eine programmatische Weiterentwicklung der bisherigen Aktivitäten. Zu den Maßnahmen zählen die Professionalisierung der formellen Berufsbildung, die Standardisierung der informellen Bildung sowie die Unterstützung der Ausarbeitung einer nationalen Berufsbildungspolitik. Ein spezieller Akzent wird auf die endogene Entwicklung mit muttersprachlichem Unterricht gelegt.

In Südosteuropa konzentrierte sich die OEZA unter anderem auf die Weiterentwicklung der bereits begonnenen berufsbildenden Regionalprojekte ECONET (Übungsfirmen in Wirtschaftsschulen) und TOURREG (Tourismusbildung). In Albanien und Moldau unterstützte sie den Aufbau und die Reform von Schulen als Kompetenzzentren im Bereich Landwirtschaft. In Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Kosovo wurden Universitäten institutionell und personell gefördert.

Auf internationaler Ebene engagierte sich die OEZA in der EU-ExpertInnengruppe Bildung sowie in der *Association for the Development of Education in Africa* (ADEA). Weiters nahm die OEZA an der *Dubrovnik Conference on Higher Education* sowie an regionalspezifischen ExpertInnentreffen in Südosteuropa teil.

Unsere Erfolge

Universitätsreform im Kosovo

Projektpartner: BMeiA, BMWF; UNMIK, Ministerium für Unterricht, Wissenschaft und Technologie, Kosovo

Im Kosovo soll das System der Höheren Bildung in Übereinstimmung mit dem Bologna-Prozess reformiert werden. Das Projekt beruht auf einem *Memorandum of Understanding* zwischen dem Außenministerium und dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung auf österreichischer Seite und der *United Nations Interim Administration Mission in Kosovo* (UNMIK) sowie dem Ministerium für Unterricht, Wissenschaft und Technologie auf kosovarischer Seite. Die Reform ist ein wichtiger Schritt für die Integration des Kosovo in den europäischen Hochschulraum und trägt zu einer verstärkten Interaktion zwischen dem universitären Bereich und der lokalen Wirtschaft bei. Institutionell und personell unterstützt werden der Aufbau einer Akkreditierungsagentur, Kapazitätsaufbau zur Förderung von Innovationen, Forschungs- und Technologiekooperationen, die Anerkennung von Diplomen sowie die Professionalisierung der Universität Pristina und des kosovarischen Wissenschaftsministeriums.

Berufsbildung in Burkina Faso

In Burkina Faso gibt es derzeit keine formale HandwerkerInnenlehre mit einheitlichem Lehrplan und anerkanntem Abschluss. Die *Cellule d'Appui à la Formation Professionnelle* (CAFP) hat sich zum Ziel

gesetzt, eine einheitliche und anerkannte Handwerksausbildung zu fördern. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Normierung der informellen Berufsbildung. 2007 wurden fünf Ausbildungspläne für Lederwarenerzeugung, Elektronik, Friseur, Färberei und landwirtschaftliche Nutzung erstellt. In drei Berufen wurden 50 Lehrlinge mit einer Erfolgsquote von 87 Prozent ausgebildet. Landesweit wurden über 500 AusbilderInnen in verschiedenen Modulen, Programmen und Methodologien geschult und parallel dazu entsprechende Handbücher an 20 private Ausbildungseinrichtungen verteilt. Über die Erfolge der CAFP wurde ein Dokumentarfilm gedreht.

Projektpartner: Cellule d'Appui à la formation professionnelle; Ministerium für Jugend und Beschäftigung, Burkina Faso

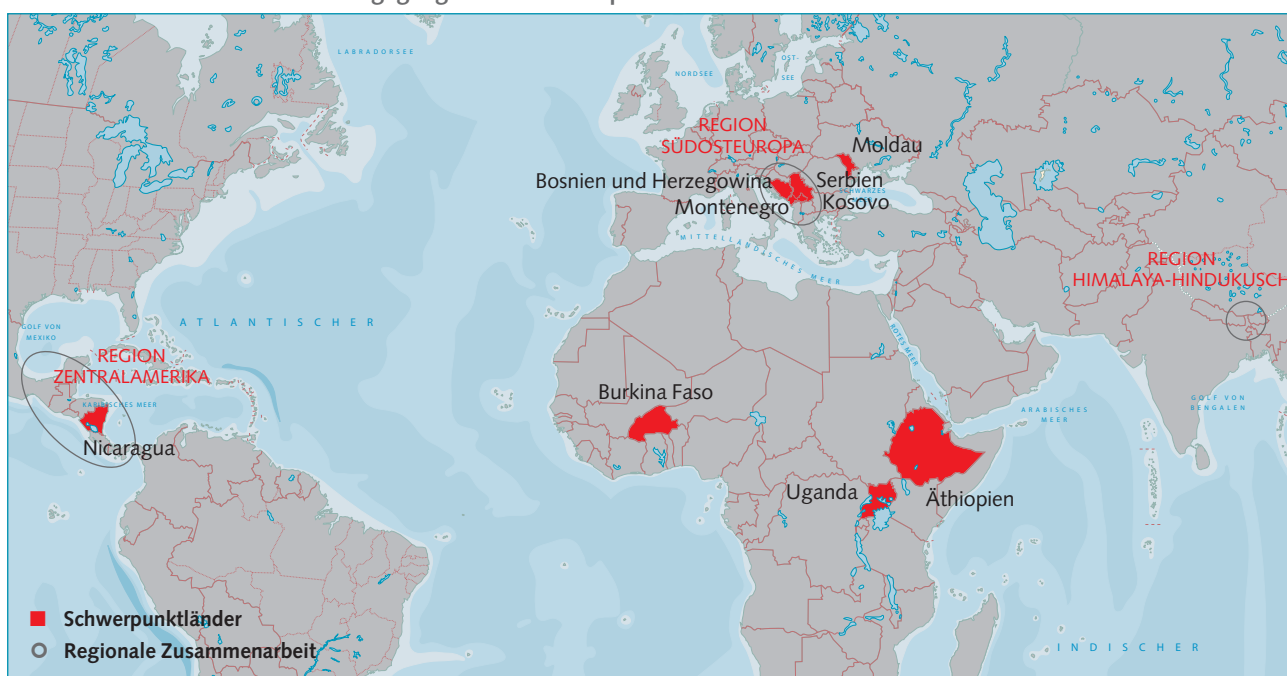
Süd-Süd-Stipendienprogramm

Das Ausbildungsniveau an den jungen Universitäten URACCAN und CIUM-BICU in den autonomen Atlantikregionen Nicaraguas soll durch die Finanzierung von Postgraduierten-, Magister- und Doktorandenstipendien für Lehrkräfte verbessert werden. Derzeit studieren sieben Personen mithilfe eines Stipendiums an lateinamerikanischen und spanischen Universitäten. Die ausgewählten Studienrichtungen sind für die Entwicklung der Regionen von großer Bedeutung, werden aber in Nicaragua nicht bzw. nicht in der notwendigen Qualität angeboten.

Projektpartner: HORIZONT3000

Bisher konnten 41 Personen erfolgreich am Stipendienprogramm teilnehmen. Die StipendiatInnen verpflichten sich zur Rückkehr in die Region. Dadurch profitieren neben den Universitäten auch Schulbehörden, Regionalregierungen, Gemeinden und lokale NRO.

Übersicht OEZA-Aktivitäten Bildung: geografische Schwerpunkte





Wirtschaft und Entwicklung

Die Halbierung der Armut, wie es die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2015 vorsehen, kann von öffentlichen Gebern nicht im Alleingang erreicht werden. Nur ein leistungsfähiger und dynamischer Privatsektor kann wirtschaftliches Wachstum entfachen und Armut nachhaltig reduzieren.

Die Stärkung des Privatsektors ist daher ein wichtiges Thema für die Entwicklungszusammenarbeit. Es gilt, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und flexible Instrumente zur Unterstützung anzubieten. Gefragt sind auch privatwirtschaftliche Initiativen aus den Industrieländern. Denn durch geschickte Kooperation zwischen Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft lassen sich Synergien nützen, von denen Entwicklungsländer und Unternehmen gleichermaßen profitieren. Das entwicklungspolitische Instrumentarium wird daher weiterentwickelt und die unmittelbare Kooperation der Entwicklungszusammenarbeit mit Privatunternehmen gewinnt zunehmend an Bedeutung. So lässt sich nicht nur die Hebelwirkung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit signifikant erhöhen, auch die Nachhaltigkeit von Projekten kann gesteigert werden.

Eine weitere Voraussetzung für die Entfaltung des Potenzials der Privatwirtschaft ist die verstärkte Teilnahme am internationalen Handel. Vor diesem Hintergrund wurde im Herbst 2007 eine gemeinsame EU-Handelshilfe-Strategie verabschiedet. Darin wurde näher definiert, in welcher Form mehr Mittel für Handelshilfe eingesetzt werden sollen. Auch die OEZA hat sich zu einem Beitrag verpflichtet.

Schlüsselbegriffe

■ PRO-POOR-GROWTH

Unter *Pro-Poor-Growth* versteht man einen Wachstumsprozess, an dem arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen überproportional teilhaben und der daher zur Reduktion von Verteilungsungleichheit führt. Wirtschaftswachstum und eine Erhöhung der Einkommen der Armen sind notwendige Voraussetzungen für Armutsreduktion. Aber auch eine breitenwirksame Verteilung der Zuwächse und Gewinne ist dafür erforderlich.

■ AID FOR TRADE

... bedeutet handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit. Eine erfolgreiche Integration der Entwicklungsländer in den Welthandel setzt mehr als die Verbesserung des Marktzugangs und den Ausbau internationaler Handelsregeln voraus. Um die Vorteile des internationalen Handels voll ausschöpfen zu können, müssen auch Entwicklungsländer ihre Beschränkungen auf der Angebotsseite und ihre strukturellen Schwächen überwinden. An diesen Punkten setzt *Aid for Trade* an.

■ WIRTSCHAFTSPARTNERSCHAFTEN

Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung im Süden und Osten. Um Synergien zu nutzen und die positiven Entwicklungseffekte von privaten Wirtschaftsbeziehungen und Investitionen zu maximieren, bezieht die OEZA verstärkt die Wirtschaft ein. Für interessierte Firmen besteht die Möglichkeit von Förderungen in Form von Wirtschaftspartnerschaften. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge erleichtert und die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in den Partnerländern langfristig verbessert.

Aktivitäten 2007

Im Arbeitsfeld Wirtschaft und Entwicklung konzentriert sich die OEZA auf drei Ansatzpunkte:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement wie Unternehmensgründungen und Investitionen in den Partnerländern der OEZA
- Maßnahmen zur direkten Stärkung des Privatsektors in den Partnerländern: In diesen Bereich fallen vor allem die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben durch *Business Development Services* und Finanzdienstleistungen, insbesondere auch Mikrofinanz.
- Verstärkte Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit: Hier bietet die OEZA der Wirtschaft mit Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften zwei Kooperationsmöglichkeiten an.

Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement

Privatwirtschaftliches Engagement ist nur tragfähig, wenn die gesetzlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Erst dann können Unternehmen einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten. Deshalb setzt sich die OEZA für eine Stärkung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement ein.





Von grundlegender Bedeutung sind etwa transparente Finanzstrukturen und ein effizientes Regelwerk für Buchführung, Bilanzierung und Wirtschaftsprüfung. Die OEZA beteiligt sich daher am REPARIS-Programm der Weltbank. Aufbauend auf einer von der Weltbank in vielen Ländern Südosteuropas durchgeführten Analyse wurden Maßnahmen empfohlen, um die betriebliche Rechnungslegung den europäischen und internationalen Standards anzupassen. Basierend auf diesen Ergebnissen erarbeiteten die mazedonischen Partner mit Unterstützung der Weltbank eine Strategie, die vorsieht, dass auch die relevanten Teile des *Acquis Communautaire* in den nationalen Rechtsbestand eingeführt und umgesetzt werden. In ihrem Fortschrittsbericht machte die Europäische Kommission auf wesentliche Verbesserungen vor allem im Gesellschaftsrecht aufmerksam. Insbesondere erwähnt wurden die differenzierte Ausgestaltung der Vorschriften und die Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe. Ein weiteres Ziel des Programms ist der Aufbau von Institutionen, die notwendige Standards erarbeiten, durchsetzen und Aufsichts- und Kontrollfunktionen wahrnehmen, zum Beispiel Bankenaufsicht, Versicherungsaufsicht usw. Die Berufsvertretung der Wirtschaftsprüfer als wesentlicher Akteur in diesem Prozess nahm ihre Tätigkeit auf und erarbeitete bereits ein Programm zur Qualitätsverbesserung von Rechnungsprüfungen.

Außerdem ist die OEZA Mitglied der PIDG. Diese Multigebergruppe fördert durch eine Reihe spezifischer Instrumente private Infrastrukturinvestitionen in Entwicklungsländern. 2007 hat die OEZA Beiträge zur *Technical Assistance Facility* in Höhe von 1,5 Millionen Euro geleistet. Diese Mittel sind zweckgewidmet für Projekte in den Sektoren Wasser, Energie und Transport in den OEZA-Partnerländern in Afrika. Für die Projekte von PIDG interessieren sich zunehmend auch österreichische Unternehmen.

Wenn Unternehmen mit Ländern zu tun haben, die schwache staatliche Strukturen und vergleichsweise niedrige Standards haben, spielt das Thema *Corporate Social Responsibility* eine besondere Rolle. Hier können Unternehmen auf freiwilliger Basis und im Rahmen des eigenen Verantwortungsbereichs einen wichtigen Beitrag leisten zur Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards, zu Gesundheit, Aus- und Fortbildung, zur Bekämpfung von Korruption sowie zur Einhaltung der Menschenrechte. Um diesen Ansatz zu stärken, beteiligt sich die OEZA inhaltlich an der Erstellung eines ISO-Standards zu *Social Responsibility* (ISO 26.000). Österreich hält gemeinsam mit Indien und Costa Rica den Vorsitz einer Arbeitsgruppe innerhalb der *ISO Working Group on Social Responsibility*. Die Tätigkeit des österreichischen Fachnormenausschusses wird inhaltlich unterstützt und die Teilnahme der indischen Co-Vorsitzenden durch die OEZA gefördert. Zudem unterstützte die OEZA das *Plenary Meeting der ISO Working Group on Social Responsibility*, das im November 2007 in Wien stattfand.

Privatsektorentwicklung

Die stark wachsenden privaten Investitionen in Entwicklungsländern sind auch mit Blick auf den Mikrofinanzmarkt von großem Interesse für die OEZA. Die Reichweite der Mikrofinanzinstitute ist trotz zahlreicher Bemühungen noch immer nicht zufriedenstellend. Ökonomische Ermächtigung und soziale Verbesserungen für ländliche Gebiete und marginalisierte Gruppen wie Frauen, Jugendliche oder ethnische Minderheiten können nur erreicht werden, wenn alle Akteure durch den komplementären Einsatz ihres jeweiligen Know-hows einen Mehrwert erzeugen.

Eine besondere Herausforderung in der Privatspektorenentwicklung ist die in der Pariser Erklärung geforderte Verbesserung und Überprüfung der Wirksamkeit von Interventionen (*Aid Effectiveness*). Der ursächliche und messbare Zusammenhang von Maßnahmen, die Unternehmertum sowie privates und wirtschaftliches Engagement ermöglichen und effizienter gestalten, und tatsächlicher Armutsreduktion ist wenig erforscht und belegt. Die Durchführung von Wirksamkeitsstudien, die möglichst konkret die Erfahrungen der Zielgruppen berücksichtigen, ist im Sinne der besseren Nachvollziehbarkeit von *Aid Effectiveness* erforderlich. Die OEZA legt daher besonderen Wert darauf, in allen Projekten ein geeignetes *Monitoring* und Evaluierungssystem zu implementieren und die Ergebnisse der Interventionen zu dokumentieren.

Wirtschaftspartnerschaften

Mit dem Instrument der Wirtschaftspartnerschaften unterstützt die OEZA *Win-Win*-Situationen von Wirtschaft und Entwicklung. Sie fördert unternehmerisches Engagement mit entwicklungs-politischem Mehrwert. Wirtschaftspartnerschaften ermöglichen, privates und öffentliches Engagement zu bündeln und Synergien zu nutzen.

Im Jahr 2007 gingen insgesamt 142 Anfragen von österreichischen Unternehmen in der ADA ein. Seit Beginn des Programms steigt die Zahl der Anfragen stetig, was die positive Resonanz der österreichischen Wirtschaft unterstreicht. Von den insgesamt 343 registrierten Firmenanfragen wurden 81 Maßnahmen in Form von Machbarkeitsstudien oder Reisekostenzuschüssen zur

Übersicht OEZA-Aktivitäten Wirtschaft: geografische Schwerpunkte





Projektanbahnung gefördert. Weitere 32 Entwicklungs- bzw. Unternehmenspartnerschaften befinden sich in Umsetzung. Die inhaltliche Bandbreite ist vielfältig: erneuerbare Energien und Energieeffizienz, berufliche Qualifizierung und internationaler Know-how-Transfer, biologische Landwirtschaft, Aufbau lokaler Unternehmenscluster, Qualitätsverbesserung und Stärkung von Zulieferketten sowie Gesundheit. Die geografischen Schwerpunkte liegen in den Ländern Südosteuropas und Afrikas.

Unsere Erfolge

Gesundheitsprogramm im südlichen Afrika

*Projektpartner:
Rift Valley Holding*

Afrika südlich der Sahara zählt weltweit zu den am meisten von HIV/AIDS und Malaria betroffenen Regionen. Für die Behandlung sind qualifiziertes Personal, eine kompetente Diagnose und die Versorgung mit den erforderlichen Medikamenten dringend notwendig. Der Kaffee-, Tee- und Kokosölproduzent *Rift Valley Holding* engagiert sich dafür, dass sein Personal und dessen Familien Zugang zu besseren Gesundheitsleistungen erhalten. Die Krankheiten bedeuten



für das Unternehmen hohe Ausfallzeiten oder sogar Todesfälle. Im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft werden das Wissen über HIV/AIDS und andere Krankheiten, über deren Verbreitung sowie über mögliche Behandlungsmethoden untersucht. Darüber hinaus führen lokale Fachkräfte präventive Maßnahmen im Unternehmen und in den involvierten Gemeinden durch. Im Krankheitsfall werden die PatientInnen angemessen behandelt. An einem nachhaltigen Konzept zur Vermeidung und Bekämpfung von HIV/AIDS und Malaria in Mosambik, Tansania und Sambia wird gearbeitet.

Stärkerer Kleinkreditmarkt in Westafrika

Mit zinsgünstigen Krediten unterstützt Österreich die zwei Mikrofinanzinstitutionen MECARUL und MECAP in Westafrika. Die OEZA, die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) und die Entwicklungswerkstatt Austria (EWA) stärken so den Kleinkreditmarkt. Über eine Laufzeit von fünf Jahren stellt die OeKB zinsgünstige Kredite in der Höhe von jeweils 250.000 Euro bei jährlicher Rückführung und mehrfacher Ausnützung zur Verfügung. Die OEZA beteiligt sich über die ADA mit rund 180.000 Euro. Sie übernimmt damit einen Teil der Zinsen für die Kreditlinien der OeKB, die Kosten für technische Assistenz und das Projektmonitoring durch die vor Ort tätige NRO Entwicklungswerkstatt Austria. Durch das zusätzliche Kapital können die beiden Mikrofinanzinstitutionen ihre Kreditmittel ausweiten und ein Filialnetz errichten. So erhalten Menschen, die sonst nie als KreditnehmerInnen in Betracht kämen, Zugang zu Krediten. Vor allem Bäuerinnen und Bauern sowie HandwerkerInnen in ländlichen Gebieten können sich mit Kleinstkrediten eine Existenz aufbauen.

*Projektpartner:
Oesterreichische
Kontrollbank*

Mit Allanblackia zu mehr Ertrag in Tansania und Ghana

Die Nutzung der Allanblackia-Nuss bietet für die ländliche Bevölkerung Tansanias und Ghanas die Chance auf eine neue Einkommensquelle. Künftig wird das Öl aus den Samen der Allanblackia-

*Projektpartner:
Unilever*



Bäume für die Produktion von Margarine und Seife verwendet. Eine nachhaltige Wertschöpfungskette wird aufgebaut. Den Bauern und Bäuerinnen wird das notwendige Wissen für die Züchtung, Aussaat und den ökologischen Anbau der Bäume sowie für die Ernte, Verarbeitung und Vermarktung der Samen vermittelt.

Alle, die ihre Anpflanzungen auf den Anbau von Allanblackia umstellen, erhalten zur Diversifizierung ihrer Felder Kompensationszahlungen. Die strategische Allianz mit Unilever verhilft nach vier Jahren 14.000 Personen zu ersten Ernteeinnahmen. Die Bevölkerung ländlicher Gemeinden wird an die landesweiten und internationalen Märkte angeschlossen.



Umwelt

Das Jahr 2007 stand unter anderem im Zeichen des Klimawandels. Der vierte Zustandsbericht des VN-Klimarats IPCC zeigt eindrücklich, dass die Auswirkungen besonders Entwicklungsländer treffen. Auch der UNDP-Bericht 2007 über die menschliche Entwicklung kam zu dem Schluss, dass der Klimawandel die größte Bedrohung für die menschliche Sicherheit im 21. Jahrhundert darstellt. Sollte es nicht gelingen, ihn aufzuhalten, werden die internationalen Bemühungen zur Armutsminderung erschwert und immer weniger Wirkung haben.

Die 13. Vertragsstaatenkonferenz der VN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (UNFCCC), die im Dezember in Bali stattfand, setzte erste, wenn auch nur zögerliche Schritte zu einer Nachfolgeregelung für das 2012 auslaufende Kioto-Protokoll und damit für neue Verpflichtungen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Die Konferenz brachte auch eine Einigung über die Einrichtung eines so genannten Anpassungsfonds, der die Entwicklungsländer in ihren Bemühungen, sich an die negativen Auswirkungen des Klimawandels anzupassen, unterstützen soll.

Neben diesen Erfolgen gingen die entscheidenden Fortschritte bei der Bekämpfung der Desertifikation beinahe unter. Bei der Vertragsstaatenkonferenz der Wüstenkonvention in Madrid verabschiedete die Völkergemeinschaft eine 10-Jahresstrategie, die – für ein multilaterales Umweltabkommen erstmalig – die Prinzipien der Pariser Erklärung mit den strategischen Zielen der Konvention verbindet. Damit steht ein wegweisendes

Werkzeug für eine bessere Verknüpfung globaler Umwelthanliegen mit Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

Die Schnittstelle zwischen Umwelt und Entwicklung im Kontext der Pariser Erklärung stand international auch auf Ebene der operativen Instrumente und Verfahren im Vordergrund. Fragen zur Integration von Umweltschutz und anderen Querschnittsthemen in die neuen Instrumente der Zusammenarbeit (zum Beispiel Budgethilfe oder Sektorprogrammbeiträge) waren etwa Thema eines OECD-Workshops in Dublin.

Schlüsselbegriffe

■ UMWELT-MAINSTREAMING

Mainstreaming bedeutet, dass bestimmtes Handeln – in diesem Fall umweltschonendes bzw. -verbesserndes – zu einem normalen und selbstverständlichen Handlungsmuster wird. Umweltaspekte werden auf allen Ebenen der Entwicklungspolitik durchgängig verankert. Erfolgreiches Umwelt-*Mainstreaming* aktueller Politiken, Entwicklungsstrategien und -programme auf Geber- wie auf Partnerländerseite ist die Voraussetzung dafür, dass wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogene Entwicklung dauerhaft möglich wird.

■ ADAPTATION

Unter Adaptation (oder Anpassung) wird all das verstanden, was für eine erfolgreiche Entwicklung zusätzlich notwendig ist, um den Auswirkungen des Klimawandels wirkungsvoll entgegenzutreten. Dazu zählen insbesondere Aktivitäten, die die Widerstandskraft von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt gegenüber den negativen Auswirkungen vergrößern. Beispiele dafür sind Maßnahmen in der Katastrophenprävention, Anpassungen in der landwirtschaftlichen Produktion oder in der Wasserversorgung.

■ PAYMENT FOR ECOSYSTEM SERVICES

Die Abgeltung von Umweltleistungen stößt in der Entwicklungszusammenarbeit auf immer größeres Echo. Das Konzept basiert auf der Idee, dass diejenigen, die Umweltleistungen gewährleisten, von denen, die von diesen Leistungen profitieren, entlohnt werden. Dadurch werden Anreize für nachhaltigen Ressourcenschutz und interessante Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensgrundlage der armen ländlichen Bevölkerung geschaffen.





Aktivitäten 2007

Der Klimawandel beschäftigte 2007 auch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in vielerlei Hinsicht. Ein operativer Leitfaden wurde ausgearbeitet („Fokus: Klimawandel in der OEZA“), in dem die internationalen Rahmenbedingungen, die Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit und Ansatzpunkte für Interventionen dargestellt werden. Künftig sollen Maßnahmen verstärkt werden, die einen Entwicklungsansatz unterstützen, bei dem Treibhausgasemissionen niedrig gehalten und die Folgen der negativen Auswirkungen des Klimawandels reduziert werden. Die Einbeziehung der Auswirkungen des Klimawandels in Programme und Projekte im Sinne eines so genannten *Climate Proofing* stellte ebenfalls ein wichtiges Thema dar.

Zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung führte die OEZA mehrere Trainings in der Zentrale und in verschiedenen Koordinationsbüros durch. Besonders intensiv diskutiert wurde, wie die Integration des Umweltaspekts in die nationalen Entwicklungspolitiken, -programme und -pläne, insbesondere im Rahmen des politischen Dialogs und der Budgethilfemittelinstrumente, in der Praxis unterstützt werden kann.

Das Umweltengagement der OEZA schlug sich 2007 in mehreren Projekten der bilateralen Zusammenarbeit nieder: Die Unterstützung des Nationalen Umweltaktionsplans von Kap Verde entwickelte sich erfolgreich. In Äthiopien wurde ein Programm zur Unterstützung der Ernährungssicherheit im Amhara National Regional State begonnen, das auf die nachhaltige Nutzung und Verbesserung der natürlichen Ressourcenbasis abzielt. In Bhutan wurden Schritte gesetzt, um die Umsetzung eines Projekts aus dem Nationalen Anpassungsplan an die Auswirkungen des Klimawandels zu unterstützen.

Auf multilateraler Ebene führte die OEZA ihr langjähriges Engagement im OECD/DAC *Environet* und in verschiedenen EU-ExpertInnengruppen fort und beteiligte sich erstmals an der *Poverty and Environment Partnership* (PEP), einem informellen Forum von Gebern und Nichtregierungsorganisationen. Die Europäische Kommission begann 2007 mit der Überarbeitung ihrer Strategie zur Integration von Umwelt in die Entwicklungszusammenarbeit. Österreich engagierte sich im Abstimmungsprozess, der noch bis Herbst 2008 dauern wird. Umwelt wird in dieser Strategie als Querschnittsthema, eigener Sektor und in Zusammenhang mit Kohärenz behandelt.

Um dieses wichtige Engagement längerfristig zu sichern, richtete die Österreichische Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit im BMeiA (Sektion VII) Anfang des Jahres 2008 ein Referat für entwicklungspolitische Aspekte von Umwelt und Nachhaltigkeit ein. Dadurch sind die spezifischen Kapazitäten im politischen und strategischen Bereich gestiegen. Die Zuständigkeit für die VN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung, die insbesondere für afrikanische Länder wichtig ist, wurde von der wirtschaftspolitischen Sektion des BMeiA übernommen. Somit liegt in Österreich erstmals ein globales Umweltabkommen in der politischen Verantwortung der Entwicklungszusammenarbeit.

Unsere Erfolge

Nationaler Umweltaktionsplan von Kap Verde

Seit Ende 2006 unterstützt die OEZA durch spezifische Sektorbudgethilfe die Umsetzung des Zweiten Nationalen Umweltaktionsplans von Kap Verde. 2007 hat sich diese Zusammenarbeit erfolgreich weiterentwickelt. Auch Spanien trägt mittlerweile zum Sektorprogramm bei. Die OEZA wurde aufgrund ihrer Expertise im Sektor Wasser von der kapverdischen Regierung eingeladen, am Programm mitzuwirken. Die nachhaltige Wasserwirtschaft gehört unbestritten zu den dringlichsten Anliegen des Inselstaats. Aufforstung, umweltfreundliche Abwasser- und Abfallbeseitigung sowie der Schutz der Biodiversität sind weitere Herausforderungen. Das Besondere am Umweltaktionsplan ist, dass dieser sich nicht nur aus neun intersektoriellen Umweltplänen zusammensetzt, sondern auch Pläne für jede einzelne Gemeinde beinhaltet. Die Investitionen werden daher zum Großteil dezentral von den Gemeinden selbst gesteuert. Dadurch profitieren diese direkt von der Unterstützung.

Projektpartner: Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Kap Verde

Verhinderung von Gletscherseeausbrüchen in Bhutan

Im Rahmen der Klimakonvention werden von den am wenigsten entwickelten Ländern Nationale Aktionspläne zur Anpassung (NAPA) an den Klimawandel erstellt. Die Umsetzung wird durch ein Finanzierungsinstrument der Konvention, dem *Least Developed Country Fund* (LDCF), unterstützt. Mögliche Ausbrüche von Gletscherseen werden im bhutanischen NAPA als eine der größten Gefahren beschrieben. Österreich unterstützt ein umfassendes, von UNDP durchgeführtes Projekt zur Minimierung der Risiken von Gletscherseeausbrüchen. Neben der Berücksichtigung von Klimarisiken in den nationalen Katastrophenvorsorgeplänen und der Errichtung eines funktionierenden Frühwarnsystems soll durch technische Maßnahmen die kontrollierte Absenkung des Wasserspiegels von zwei ausbruchgefährdeten Seen erzielt werden. Das Projekt soll als Modell für die ganze Region Himalaya-Hindukush dienen. Es ist weltweit das erste über den LDCF finanzierte Projekt und wird international hohe Aufmerksamkeit erregen.

Projektpartner: UNDP – United Nations Development Programme





Gender

Der „*Global Monitoring Report 2007*“ der Weltbank zu den Millenniums-Entwicklungszielen mit dem Titel „*Confronting the Challenges of Gender Equality and Fragile States*“ stellt klar, dass das dritte Ziel „Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen“ nicht erreicht wird. Trotz einiger Fortschritte bei den Einschulungsraten von Mädchen in den meisten Ländern muss die Qualität der Bildung noch verbessert werden. Auch bei der Verbesserung der Gesundheit von Frauen, insbesondere bei der Verminderung der Müttersterblichkeit, wurden einige, aber nicht genügend Fortschritte erzielt.

In fragilen Staaten mit einer schwachen Regierung und bewaffneten Konflikten ist die Gefahr der Verarmung besonders groß. Die positive Beziehung zwischen Geschlechtergleichheit in Familie und Gesellschaft, Wirtschaft, Bildung und der Gesundheit von Frauen wurde nachgewiesen. Sich für Geschlechtergleichheit zu engagieren ist also nicht nur ein ethisches Anliegen, sondern auch effiziente Politik.

Das Querschnittsthema *Gender* ist in der Erklärung von Paris dank des Engagements des OECD/DAC *Gendernet* sehr gut verankert. Dies eröffnet die einzigartige Möglichkeit, die Eigenverantwortung (*Ownership*) der Partnerländer durch die Einbeziehung von Frauenorganisationen zu stärken und durch *Gender Budgeting* in der Finanzplanung nachvollziehbar zu machen.

Unter der deutschen Präsidentschaft hat die Europäische Union im Mai 2007 Ratsschlussfolgerungen zu „*Gender Equality and Women's Empowerment in Development Cooperation*“ verabschiedet, die zu einem konkreten Aktionsplan führen werden. Schwerpunkte sind die ökonomische und politische Stärkung von Frauen, Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen (inklusive Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325) und die Kohärenz mit anderen EU-Politiken sowie mit Konventionen und Deklarationen der Vereinten Nationen.

Schlüsselbegriffe

■ GENDER

... ist ein Begriff, der auf die zwischen Frauen und Männern bestehenden sozialen Unterschiede verweist, die erlernt werden, sich im Laufe der Zeit ändern und sich sowohl innerhalb ein und derselben Kultur als auch zwischen verschiedenen Kulturen stark voneinander unterscheiden können.

■ GENDER MAINSTREAMING

... besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse mit dem Ziel, dass alle beteiligten Akteure auf allen Ebenen und in allen Phasen eine geschlechterbezogene Sichtweise in sämtliche politischen Konzepte mit einbeziehen.

■ EMPOWERMENT

... bedeutet die Ermächtigung zu eigenverantwortlichem Handeln. In diesem Prozess verschafft sich eine Person Zugang zu Möglichkeiten und eignet sich Fähigkeiten an, die es ihr erlauben, ihr eigenes Leben und das Schicksal der Gemeinschaft, in der sie lebt, in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht mitzugestalten.

■ GENDER BUDGETING

... bezeichnet die Analyse und Gestaltung von Budgets aus der Gleichstellungsperspektive. Gefördert werden die Verschränkung ökonomischer und sozialer Ziele, die Steigerung von Effizienz und Rechenschaftslegung sowie die Transparenz und Demokratisierung des Budgetprozesses. *Gender Budgeting* ist somit ein Instrument zur Konkretisierung von Frauenpolitik.





Aktivitäten 2007

Schon 2006 wurde begonnen, die Themenbereiche *Gender* und Konflikt zu verbinden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, um einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu erstellen. Dieser wurde am 8. August 2007 vom Ministerrat verabschiedet. Das Dreijahresprogramm 2007–2009 nimmt ausführlich auf die Rolle von Frauen in Friedensprozessen Bezug.

In der internationalen Zusammenarbeit konzentriert sich die OEZA auf den Themenbereich Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf die Gewalt an Frauen und Mädchen, Entwaffnung, Demobilisierung, Reintegration sowie auf die Arbeit mit der Zivilgesellschaft zu Konfliktprävention und Friedenssicherung.

Zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen führt die OEZA unter anderem ein Programm gegen Menschenhandel in den Partnerländern auf dem Balkan und in Moldau durch. In Kooperation mit internationalen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen werden Projekte umgesetzt, die sich mit Prävention in Form von Aufklärung und Bewusstseinsbildung, mit der Schaffung von Einkommensalternativen sowie mit Opferschutz und Täterverfolgung befassen. Die OEZA ist außerdem Mitglied der interministeriellen *Task Force* zur Bekämpfung des Menschenhandels und hat am Nationalen Aktionsplan mitgearbeitet.

Neben ihrem Engagement im OECD/DAC *GenderNet* arbeitete die OEZA am *Gender Mainstreaming* in österreichischen Programmen und Projekten. Zwei Richtungen werden verfolgt: die Förderung von Frauenorganisationen einschließlich Parlamentarierinnen sowie die Förderung von *Gender Budgeting* im Rahmen der neuen Finanzierungsinstrumente. Dafür wurde eine Übersicht über den Stand von *Gender Budgeting* in den Partnerländern Uganda, Mosambik, und Nicaragua erstellt. Das Thema wird in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen und der interministeriellen Arbeitsgruppe *Gender Budgeting* weiter verfolgt.

Für MitarbeiterInnen der Zentrale sowie der Koordinationsbüros in den Partnerländern wurden Schulungen zur Umsetzung von *Gender Mainstreaming* durchgeführt. Mit der Verankerung von *Genderexpertise* in den Koordinationsbüros wurde begonnen.

Unsere Erfolge

Gegen häusliche Gewalt an Frauen im südlichen Afrika

Projektpartner: Southern African Development Community, Southern African Police Chief's Cooperation

Im südlichen Afrika sind die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Umsetzung bzw. Durchsetzung der Menschenrechte wesentlich für die Gewaltenteilung und die Gleichheit aller vor dem Gesetz. Gerade das Thema häusliche Gewalt an Frauen und Kindern stellt für die gleichberechtigte Entwicklung von Frauen ein großes Hindernis dar. UNODC (*United Nations Office on Drugs and Crime*) ist einer der Hauptpartner der Regierungen bei Maßnahmen gegen diese Problematik. Finanziert aus

Mitteln der multilateralen OEZA hat UNODC das Handbuch „Gewalt gegen Frauen“ verfasst. Dieses wurde im Juni 2007 bei einem internationalen ExpertInnentreffen in Wien diskutiert und verabschiedet.

In Zusammenarbeit mit der *Gender Unit* der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und SARPCCO (*Southern African Police Chief's Co-operation Organisation*) soll das Handbuch in der Ausbildung von PolizeibeamtInnen eingesetzt werden, um Bewusstsein für das Thema Gewalt an Frauen zu schaffen. Für eine Testphase wurden die Partnerländer Mosambik, Namibia, Simbabwe und Südafrika ausgewählt sowie Lesotho und Malawi. Weiters geplant ist die Übersetzung des Handbuchs in lokale Sprachen.

Genderpolitik in Albanien

Traditionelle Gesellschaftsstrukturen und Beziehungsverhältnisse prägen die Gesellschaft Albanien. Sie weisen Frauen einen sekundären Platz zu und schließen sie oft vom öffentlichen Leben aus. Das Projekt leistet einen Beitrag zu Geschlechtergleichstellung und *Empowerment* von Frauen. In rund 20 Gemeinden werden *Genderbeauftragte* und die Zivilgesellschaft dabei unterstützt, die *Genderpolitik* der Regierung auf lokaler und regionaler Ebene zu fördern und zu überwachen. Weiters werden die Kapazitäten der Abteilung für Gleichberechtigung im Innenministerium für die Formulierung und Umsetzung von Strategien zur Geschlechtergleichstellung sowie für *gender balanced* Budgetplanung gestärkt.

Projektpartner:
HORIZONT3000,
Welthaus Graz;
Ministerium für Arbeit,
Soziales und Gleichberechtigung, Albanien





Entwicklungspolitische Kommunikation

Die Millenniums-Entwicklungsziele sowie die VN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014) bildeten wie bereits in den vorangegangenen Jahren auch 2007 den thematischen Hintergrund für Vorhaben im Bereich der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung, die aus Mitteln der OEZA gefördert wurden.

Von der Europäischen Union wurde 2008 zum „Jahr des interkulturellen Dialogs“ erklärt. Die OEZA hat deshalb das Jahr 2007 genutzt, um die Partnerorganisationen in Österreich inhaltlich auf dieses Jahr vorzubereiten. Im Herbst 2007 lud sie zur Einreichung von Projekten ein, welche die Zusammenhänge von entwicklungspolitischen und interkulturellen Fragestellungen in den Mittelpunkt rücken.

Auf Ebene der Europäischen Union und der Vereinten Nationen wurde vielfach bekräftigt, dass die Millenniums-Entwicklungsziele nur erreicht werden können, wenn eine breite Öffentlichkeit in den Industriestaaten die internationalen Entwicklungsanstrengungen sowohl kritisch begleitet als auch unterstützt. Entwicklungspolitische Information und Kommunikation auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist daher ein Schwerpunkt aller EU-Partner und des OECD/DAC. Nachhaltige Entwicklung soll deshalb auf allen Stufen in die Bildungssysteme integriert und Bildung als Schlüssel für gesellschaftliche Veränderung besonders gefördert werden. ■

Schlüsselbegriffe

■ ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KOMMUNIKATION

... meint die aktive Auseinandersetzung einer möglichst breiten Öffentlichkeit mit entwicklungspolitischen Themen. Voraussetzungen sind die Bereitstellung gut verständlicher Information und die Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine vielfältige und auch kritische Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischen Fragestellungen fördern.

■ GLOBALES LERNEN

... fördert die Kompetenz, globale Zusammenhänge zu verstehen, Einsicht in die eigenen alltäglichen weltweiten Bezüge zu gewinnen sowie Handlungsoptionen in einem globalen Kontext zu entwickeln bzw. zu beurteilen. Globales Lernen trägt zur besseren Orientierung in der Welt bei und stärkt die Fähigkeit, sich an Kommunikations- und Entscheidungsprozessen in einer global vernetzten Welt zu beteiligen.

Aktivitäten 2007

Mit ihren Fördermaßnahmen im Bereich der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung verfolgt die OEZA eine breite und qualifizierte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Diese verfügen aufgrund ihrer Erfahrungen über vielfältige Kontakte und Kompetenzen in allen Bereichen nachhaltiger Entwicklung und sind finanziell und personell in der österreichischen Gesellschaft gut verankert. Sie zeichnen sich durch föderale Strukturen und Kleingliedrigkeit aus. Es gibt ca. 1.000 entwicklungspolitische Gruppen in Österreich und eine ausgeprägte ehrenamtliche Struktur.

Die Förderpolitik ermöglicht einen koordinierten und effektiven Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Darüber hinaus konnte mittels der Förderungen ein eindrucksvoller Hebeleffekt erzielt werden: Mit einer Gesamtfördersumme von ca. 4 Millionen Euro im Jahr 2007 konnten 87 Projekte mit einem Projektvolumen von insgesamt rund 10 Millionen Euro umgesetzt werden. Zusätzlich wurden sieben mehrjährige EU-Projekte österreichischer Projektträger aus Mitteln der OEZA kofinanziert.

Die Fördermaßnahmen unterstützten 2007 eine weitere Verbesserung der inhaltlichen und methodischen Zugänge in der entwicklungspolitischen Bildungs-, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit. Qualitätsentwicklung in den einzelnen Programmen sowie der Einsatz innovativer Kommunikationsformen waren wesentliche Voraussetzungen für eine Förderung. Die nachhaltige Wirksamkeit der Projekte wurde durch kontinuierliche Arbeit zu Schwerpunktthemen und mit ausgewählten Zielgruppen erreicht. Die Millenniums-Entwicklungsziele und Themen wie Fairer Handel, Globales Lernen und interkultureller Dialog standen im Zentrum. Die Projekte richteten sich vorrangig an MultiplikatorInnen aus den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Medien sowie von Parteien, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen. Weiters spielte die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) sowie mit anderen öffentlichen und privaten Organisationen eine wichtige Rolle. Begonnen wurde mit der Ausarbeitung einer nationalen Strategie zu Globalem Lernen.





Eine inhaltliche wie auch methodische Erweiterung erfolgte über Kooperationen insbesondere in den Bereichen Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Landwirtschaft sowie Kultur. Dies kam in Kampagnen zu Fairem Handel oder sauberer Kleidung (*Clean Clothes*) zum Ausdruck.

Internationale Zusammenarbeit gab es vorrangig mit der UNESCO, mit GENE (*Global Education Network Europe*) und mit dem *Development Centre* der OECD. Bilaterale Austauschprojekte wurden mit den staatlichen Entwicklungsagenturen der Slowakei und Portugals durchgeführt.

Projekte

Lokale Unterstützung für globale Anliegen

Projektpartner:
FIAN – Food First
Information and
Action Network

Die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN (*Food First Information and Action Network*) engagiert sich für das Recht auf Nahrung. Seit 2003 besteht ein nationales Sekretariat mit Sitz in Wien. Hauptanliegen des Projekts war es, das Bewusstsein für die Bedeutung eines menschenrechtsorientierten Ansatzes in der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Dazu gab es Bildungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen von Nichtregierungsorganisationen (Workshops, Studientage, Fall- und Länderstudien), Informationsarbeit, öffentliche Aktionen am Welternährungstag sowie am Tag der Landlosen und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften. FIAN richtete sich mit den Aktivitäten an Akteure in der privaten und staatlichen Entwicklungspolitik sowie an eine entwicklungspolitisch interessierte Öffentlichkeit.

Hör auf deine Stimme

Projektpartner:
Radio Afrika

Radio Afrika feierte 2007 sein zehnjähriges Bestehen. Zentrales Anliegen des Senders ist der Abbau von Klischees, Stereotypen und Vorurteilen gegenüber AfrikanerInnen. Weiters sollen die soziale und kulturelle Identität von AfrikanerInnen in Österreich gestärkt und die gesellschaftlichen Beziehungen verbessert werden. Die Multimedialität des Programms wurde in den letzten Jahren ausgebaut. Es umfasst Radio Afrika International, Afrika TV, Afrika online, Tribüne Afrika (Printmagazin) sowie Kulturaustausch und Aktivitäten im Bildungsbereich. Schwerpunkte 2007 waren in Kooperation mit lokalen Organisationen die Veranstaltungsreihe „Dialoge der Kulturen – Afrika hautnah“ in Wiener Bezirken sowie die Initiative Schülerradio „*The African Way* – Schüler machen Radio“, die verstärkt auf interkulturellen Austausch mit Schulen in Afrika ausgerichtet war.

Miteinanders – Vielfalt erleben

Projektpartner: Caritas der
Diözese Eisenstadt

Als Bildungseinrichtung organisiert die Caritas der Diözese Eisenstadt unter anderem Fortbildungen für alle PädagogInnen burgenländischer Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein integratives Kindergartenprojekt machte die Verschiedenartigkeit in einer multikulturellen Gesellschaft als Bereicherung wahrnehm- und erlebbar. Zielgruppen waren Kindergartenkinder, Fachpersonal, Eltern, politische Gemeinden und Kindergartenbetreiber. 15 Kindergärten nahmen am Projekt teil. Mithilfe einer Projektmappe und unter kundiger Leitung widmeten sie sich schwerpunkt-

mäßig dem Thema „Miteinanders – Vielfalt erleben“. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Mappe wird über die Zeitschrift für KindergartenpädagogInnen „Unsere Kinder“ in ganz Österreich beworben.

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der OEZA

Gutes Klima für Entwicklung

Der globale Klimawandel war 2007 eines der Hauptthemen in den österreichischen Medien. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit brachte in ihrem Herbstschwerpunkt die entwicklungspolitische Perspektive zu diesem Thema ein. Unter dem Titel „Gutes Klima für Entwicklung“ berichteten im Oktober und November sechs österreichische Tageszeitungen in mehrteiligen Serien über die Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern. Wie die OEZA ihre Partnerländer bei der Bewältigung der großen Veränderungen unterstützt, schilderten Menschen aus konkreten Projekten. Ihre Aussagen und Fotos sprachen in Inseraten, auf Postkarten sowie im Internet eine breite Bevölkerung an.

Auch Veranstaltungen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten von Klimaveränderungen auseinandersetzten, wurden von der OEZA unterstützt. Die Tageszeitung „Der Standard“ lud zu einem „Montagsgespräch“ über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels in Entwicklungsländern ein. Für die OEZA diskutierte Sektionsleiterin Irene Freudenschuss-Reichl mit NRO und KlimaexpertInnen.

In Lissabon fanden von 7. bis 9. November auf Initiative der Europäischen Kommission die *European Development Days* statt. Über 2.000 Interessierte aus 100 Ländern diskutierten unter dem Generalmotto: „*Will Climate Change Development?*“. Die OEZA war mit ExpertInnen und einem Informationsstand vertreten.

Weltnachrichten – regelmäßige Information

Seit mehr als zehn Jahren berichten die „Weltnachrichten“ über Projekte, Programme, Partner und wichtige Themen der Österreichischen wie auch internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Zeitschrift wird alle drei Monate an rund 6.500 entwicklungspolitisch Interessierte verschickt. Inhaltliche Schwerpunkte 2007 waren humanitäre Hilfe, die Zusammenarbeit mit Südosteuropa, Klima und Entwicklung sowie verschiedene Formen der Entwicklungszusammenarbeit.

Der elektronische Newsletter „oeza aktuell“ informiert monatlich über aktuelle entwicklungspolitische Termine, Themen und Publikationen. Die LeserInnen kommen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und aus der Zivilgesellschaft.

Vom Informationsbüro der OEZA wurden rund 650 telefonische und schriftliche Anfragen von JournalistInnen und entwicklungspolitisch Interessierten beantwortet. Rund 13.500 Informationsmaterialien wurden versendet und bei Veranstaltungen aufgelegt.

Meilensteine

■ **29.–30. Jänner**
**Seminar „Development Education & Awareness Raising
 for Development Issues: A Challenge for Emerging Donors“**

Im Mittelpunkt der zweitägigen internationalen Veranstaltung in Wien standen die Herausforderungen, konkreten Erfahrungen und Perspektiven der entwicklungspolitischen Kommunikation und Bildung vor allem in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. ExpertInnen der OECD sowie aus der Schweiz, Großbritannien und Österreich lieferten Fachbeiträge für 25 TeilnehmerInnen aus 13 europäischen Staaten.

■ **19. Februar**
Parlamentarischer Nord-Süd Dialog

Im österreichischen Parlament diskutierten ExpertInnen aus Entwicklungspolitik und Parlamentarismus über Parlamentsarbeit im südlichen Afrika. Die OEZA präsentierte spezielle Förderprogramme in afrikanischen Schwerpunktländern.

■ **23. Februar**
**Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika
 unterzeichnet**

Die OEZA unterzeichnete ein Kooperationsabkommen mit der Partnerschaft für Energie und Umwelt in Zentralamerika. Mit insgesamt 1,8 Millionen Euro fördert die OEZA bis 2009 erneuerbare Energieprojekte in abgelegenen Gebieten, die wenig Aussicht auf eine Anbindung an das zentrale Stromnetz haben.

■ **März**
**Österreichische Entwicklungszusammenarbeit hilft Flutopfern
 in Mosambik**

Mit einem Betrag von 500.000 Euro beteiligte sich Österreich über das Welternährungsprogramm (WFP) an der Hilfe für die Opfer der Flutkatastrophe in Mosambik. Die Hälfte der Mittel kam den Menschen in der OEZA-Schwerpunktregion Sofala zugute.

■ **März**
Österreichische Hilfe nach der Krise im Libanon

Die österreichischen Beiträge zum Wiederaufbau im Libanon nach der Krise 2006 wurden vertraglich genehmigt. Österreich trägt insgesamt ca. 1,9 Millionen Euro bei. Davon kommen 700.000 Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds.

■ **30. April**
Memorandum of Understanding: Generelle Budgethilfe für Mosambik

Mit der Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding* trat die OEZA der generellen Budgethilfe für Mosambik bei und ist nun volles Mitglied der Gebergruppe. Das Finanzierungsabkommen über eine Maximalsumme von 4,8 Millionen Euro für den Zeitraum 2008 bis 2010 wurde mit dem mosambikanischen Planungsministerium verhandelt. Für 2008 ist eine Verpflichtung in Höhe von 1,6 Millionen Euro vorgesehen.

■ **21.–24. Mai**
Balkan Case Challenge

Zum zweiten Mal fand in Wien der größte Fallstudienwettbewerb für Studierende aus Südosteuropa und Österreich statt. Rund 140 Studierende aus zwölf Ländern maßen sich in vier Bewerbungen. Der abschließende Karrieretag, eine Jobmesse mit Südosteuropabezug, führte Unternehmen und *High Potentials* zusammen. Das Projekt wurde vom *World University Service (WUS) Austria* durchgeführt und von der OEZA finanziert. Österreich fördert dadurch den Austausch und Aufbau von grenzüberschreitenden Netzwerken.

■ **22. Mai**
Präsentation der Broschüre EU-Außenhilfeprogramme 2007–2013

Die ADA und die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) präsentierten einen gemeinsamen Leitfaden über die vielseitigen Finanzierungsinstrumente der EU-Außenhilfe. Der *Guide* soll dazu beitragen, dass österreichische Unternehmen Chancen in Entwicklungs- und Schwellenländern stärker wahrnehmen.

■ **30.–31. Mai**
Konferenz „Women Leaders – Networking for Peace and Security in the Middle East“

Die internationale Konferenz stellte den Nahen Osten, das Engagement und die Friedensbemühungen von Frauen vor Ort in den Mittelpunkt und brachte in Wien führende Vertreterinnen aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an einen Tisch.

■ **6. Juni**
Memorandum of Understanding: Sektorielle Budgethilfe für Mosambik

Das Finanzierungsabkommen für die sektorielle Budgethilfe 2007 bis 2010 über 3 Millionen Euro wurde mit dem mosambikanischen Landwirtschaftsministerium verhandelt. Für 2007 sah es eine Verpflichtung in der Höhe von 1 Million Euro und eine Widmung für die Schwerpunktprovinz Sofala vor.

■ **8. August**
Österreichischer Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 31. Oktober 2000 einstimmig die Resolution 1325. Diese fordert die Einbindung von Frauen und deren Anliegen in alle Phasen von Friedensprozessen. Am 8. August 2007 beschloss die österreichische Bundesregierung den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Resolution. Dieser sieht Maßnahmen sowohl auf nationaler, regionaler wie auch internationaler Ebene vor.

■ **26. August**
Memorandum of Understanding: Österreich und Liechtenstein

Um die Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu intensivieren und vorhandene Synergien verstärkt zu nutzen, unterzeichneten Österreich und Liechtenstein ein *Memorandum of Understanding* über die gemeinsame Finanzierung von Projekten der internationalen humanitären Hilfe.

■ **September**
Österreich hilft nach Dürrekatastrophe in Moldau

Mit einem Betrag von 200.000 Euro beteiligte sich Österreich an Hilfsprojekten infolge der Dürrekatastrophe in Moldau vom Sommer 2007. Die Projekte wurden vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und einer österreichischen Hilfsorganisation umgesetzt. An der Hilfe beteiligten sich auch das österreichische Lebensministerium und das Fürstentum Liechtenstein.

■ **September**
Österreichische Hilfe für Nicaragua nach Hurrikan

Nach dem Hurrikan Felix stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit 200.000 Euro für Soforthilfe für den raschen Wiederaufbau des besonders schwer betroffenen Nordens Nicaraguas zur Verfügung. Damit sollen vor allem die Infrastruktur und die landwirtschaftlich genutzten Flächen zügig wiederhergestellt werden.

■ **September**
Österreichische Soforthilfe für Flutopfer in Uganda und Burkina Faso

400.000 Euro stellte Österreich für humanitäre Soforthilfemaßnahmen für die Opfer der Überflutungen bereit.

■ **3.–6. September**
OEZA-KoordinatorInnentagung

„Aid Effectiveness“ war 2007 das Hauptthema der jährlichen Tagung der OEZA-KoordinatorInnen. Diskutiert wurde über den Nationalen Aktionsplan Österreichs und den Weg nach Accra/Ghana. Weiters wurden Erfahrungsberichte aus den OEZA-Schwerpunktländern präsentiert.

■ **5.–21. September**
Art & Cooperation

Auf Einladung der ADA zeigten erstmals sechs junge Malerinnen aus südosteuropäischen Partnerländern ihre Werke in Wien. Nach der Schau im Wiener Palais Porcia war die Ausstellung von 25. Oktober bis 5. November in der Kulturvereinigung KUGA in Großwarasdorf zu sehen.

■ 18. September Experiencing Europe: Serbian Young Professionals in Österreich

„Experiencing Europe“ brachte StudentInnen und JungakademikerInnen aus Serbien nach Österreich. Das gemeinsame Projekt der OEZA und der Zoran-Djindjic-Stiftung trägt zur europäischen Integration Serbiens bei. Nach einem Intensivsprachkurs und Ausbildungsprogramm in Graz sammelten die Studierenden drei Monate lang Erfahrungen in österreichischen Unternehmen und Institutionen und konnten wertvolle Kontakte für ihre weitere Berufslaufbahn knüpfen. Österreichische Firmen und Institutionen hatten wiederum die Chance, mit jungen Spitzenkräften aus Serbien zu arbeiten und Netzwerke mit dem Nachbarland auf- bzw. auszubauen. Organisiert wurde die Veranstaltung von WUS Austria.

■ 17. Oktober Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut

Der globale Klimawandel war 2007 Thema des Informationsschwerpunktes der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Start am 17. Oktober, dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut, machte darauf aufmerksam, dass die Erderwärmung hauptsächlich von den Industrieländern angeheizt wird, aber vor allem die armen Länder darunter leiden.

■ 23.–24. Oktober Auftakt zur EU-AU-Infrastrukturpartnerschaft in Addis Abeba

Im Rahmen der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit der Afrikanischen Union (AU) erfolgte die Präsentation eines von der Europäischen Investitionsbank verwalteten Treuhandfonds. Dieser ist ein wichtiger Pfeiler der EU-Afrika-Strategie. Über kombinierte Zuschüsse und Kredite werden überregionale bzw. grenzüberschreitende Großprojekte im Bereich Energie, Transport, Informationstechnologie und Wasser finanziert.

■ 19.–29. Oktober Entwicklungspolitische SprecherInnen in Mosambik

Die OEZA organisierte für die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher im Parlament eine Reise in das Schwerpunktland Mosambik. Sie wurden von JournalistInnen begleitet. Themen waren Klimawandel und Entwicklung sowie *Governance*/Parlamentarismus. Die Gruppe besuchte Programme und Projekte der OEZA sowie von österreichischen Nichtregierungsorganisationen. In Maputo fanden Treffen mit RegierungsvertreterInnen und VertreterInnen internationaler Organisationen statt.

■ 2. November Neue Geschäftsführung der Austrian Development Agency

Botschafterin Mag. Brigitte Öppinger-Walchshofer übernahm mit 2. November die Führung der *Austrian Development Agency*. Vor ihrer Tätigkeit als Leiterin der internen Revisionsabteilung war Brigitte Öppinger-Walchshofer im Außenministerium fünf Jahre Botschafterin in Äthiopien, einem Schwerpunktland der OEZA. Zuletzt war sie in dieser Funktion auch Ständige Vertreterin Österreichs bei der Afrikanischen Union.

■ **5.–6. November**
**Symposium „Shaping our European Future –
 Networking of Serbian and Kosovar Women“ in Wien**

Anlässlich des von Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik organisierten serbisch-kosovarischen Frauensymposiums diskutierten führende serbische und kosovarische Frauen aus Politik, Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

■ **5.–9. November**
Plenarsitzung der Internationalen Normungsorganisation ISO

Rund 350 TeilnehmerInnen aus über 54 Ländern und von 28 internationalen Organisationen kamen zur Plenarsitzung der Arbeitsgruppe zum Thema gesellschaftliche Verantwortung (*Social Responsibility*) der Internationalen Normungsorganisation ISO. Die Veranstaltung wurde von der OEZA, dem Lebensministerium, der VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) und *UN Global Compact* finanziert. Die OEZA engagiert sich in diesem Prozess für die speziellen Interessen und Probleme von Entwicklungsländern.

■ **12. November**
Konferenz: Friede und Sicherheit in Westafrika

Das österreichische und burkinische Außenministerium veranstalteten gemeinsam in Ouagadougou/Burkina Faso die Konferenz „Friede und Sicherheit in Westafrika – welche Rolle kann die Gemeinsame EU-Afrika-Strategie dabei spielen?“. An einem vorbereitenden Konferenztag wurde spezifisch die Rolle von Frauen in Konflikten beleuchtet. Das Ergebnis, die Deklaration von Ouagadougou, ging als inhaltliche Empfehlung an den EU-Afrika-Gipfel in Lissabon.

■ **21.–23. November**
7. Konferenz des Global Forum on Sustainable Energy

Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der hohen Energiepreise konzentrierte sich die 7. Konferenz des *Global Forum on Sustainable Energy* auf die Frage, wie in Entwicklungsländern die Energie-Effizienz gesteigert werden kann. Veranstalter waren OEZA, Lebensministerium und die Österreichische Energieagentur.

Auslandsbüros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

